

## Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2018

**498 Editorial** von Ferdinand Fichtner et al.

### Deutsche Konjunktur schlägt etwas langsamere Gangart ein



**500 Bericht** von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

### Weltwirtschaft und Euroraum: Erhöhte Unsicherheit dämpft Wachstum



**508 Bericht** von Ferdinand Fichtner, Christian Breuer, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

### Deutsche Wirtschaft: Abschwächung in Sicht

**522 Interview** mit Ferdinand Fichtner

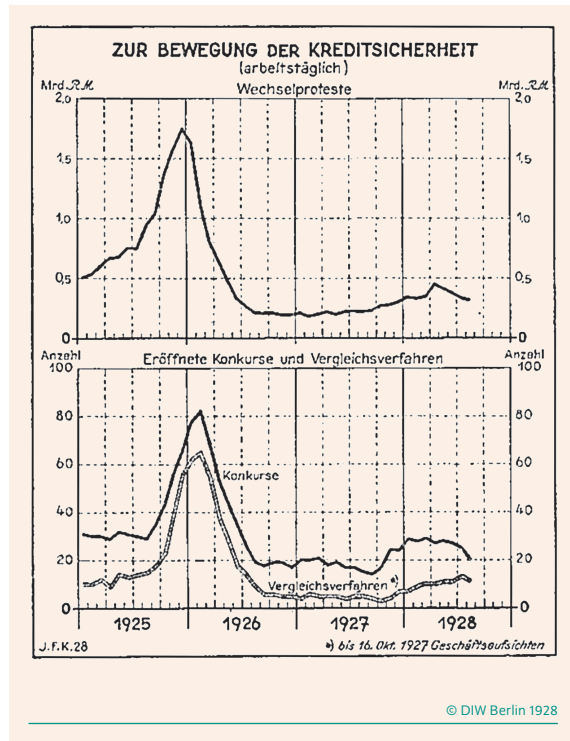
**523 Anhang** VGR-Tabellen

**526 Kommentar** von Mathias Hübener und C. Katharina Spieß

Daten von Schuleingangs-  
untersuchungen haben das Zeug  
zum Eldorado für die Forschung



### Kreditsicherheit und Notenbankkredit



Die Kreditsicherheit hat sich in den letzten Wochen leicht erhöht: sowohl die Zahl der Konkurse wie die der Wechselproteste haben ihren Rückgang, der bereits seit einigen Monaten zu beobachten ist, auch in den letzten Wochen fortgesetzt. Neuerdings ist die Zahl der Vergleichsverfahren, die bis Juli gestiegen war, ebenfalls leicht zurückgegangen. In der Hauptsache hat wohl die Verminderung der Zahlungseinstellungen saisonmäßigen Charakter; denn in den Sommermonaten pflegen die Insolvenzverfahren nach einem Ansteigen im Winter und in den Frühjahrsmonaten ziemlich regelmäßig zu sinken. Darüber hinaus deutet aber die Entwicklung der Kreditsicherheit in letzter Zeit darauf hin, dass sich die konjunkturellen Spannungen zumindest nicht verschärft haben.

Aus dem Wochenbericht Nr. 24 vom 12. September 1928.

### IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 13. Juni 2018

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström; Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Karl Brenke

#### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

#### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

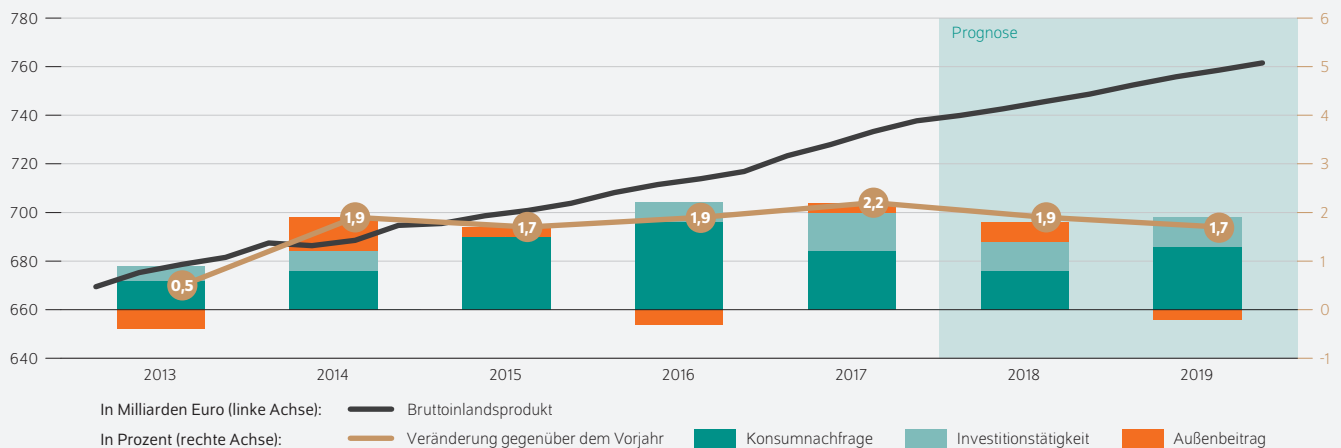
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

## Deutsche Konjunktur schlägt etwas langsamere Gangart ein

- BIP-Wachstum in Deutschland voraussichtlich bei 1,9 Prozent im Jahr 2018, 1,7 Prozent im Jahr 2019
- Sorgen um Handelskrieg und Wiederaufflammen der Krise im Euroraum hinterlassen Spuren bei den weltweiten Investitionen
- Aufschwung in Deutschland flacht sich ab, vor allem wegen erhöhter Unsicherheit weltweit und nachlassender Dynamik bei den Exporten
- Deutsche Binnenkonjunktur bleibt robust: Arbeitslosigkeit sinkt weiter, Löhne steigen ordentlich, Konsumnachfrage expandiert kräftig
- Risiken sind hoch: Handelskonflikt mit den USA könnte weiter eskalieren, Unsicherheit über Kurs der italienischen Regierung birgt Gefahren für den Euroraum

### Die deutsche Wirtschaft wächst weiter ganz ordentlich, getrieben vom privaten Konsum

Reales BIP in Milliarden Euro und Veränderung zum Vorjahr im Prozent; Beitrag der einzelnen BIP-Komponenten



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

### ZITAT

„Die kräftige Expansion, die wir noch im vergangenen Jahr gesehen haben, ist wahrscheinlich erstmal vorbei. Die Wachstumsraten sind noch solide, aber geprägt vom sich eintrübenden Umfeld. Die Sorgen um einen Handelskrieg mit den USA sowie die chaotische Wirtschaftspolitik in Italien hinterlassen Spuren. Beides birgt große Gefahren für die deutsche Wirtschaft.“ — Ferdinand Fichtner, Konjunkturchef —

### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Ferdinand Fichtner  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Deutsche Konjunktur schlägt etwas langsamere Gangart ein

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Breuer, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft dürfte nach Einschätzung des DIW Berlin in diesem Jahr um 1,9 Prozent wachsen und im kommenden Jahr um 1,7 Prozent. Für dieses Jahr sind das 0,5 Prozentpunkte und für kommendes Jahr 0,2 Prozentpunkte weniger, als es das DIW Berlin im März prognostiziert hat. Im Wesentlichen spiegelt dies die deutlich gestiegene Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wider, die weltweit die Investitionstätigkeit beeinträchtigt und insbesondere auch die Ausfuhren bremst. Für dieses Jahr schlägt außerdem zu Buche, dass der Jahresauftakt aufgrund von Sonderfaktoren – hoher Krankenstand, viele Streiktage, überdurchschnittlich viele Ferientage – schwächer ausgefallen ist als noch im März erwartet.

Das Expansionstempo dürfte ab dem Sommerhalbjahr zwar wieder höher ausfallen als zum Jahresauftakt, im Vergleich zum vergangenen Jahr dürfte die Konjunktur alles in allem aber etwas an Schwung verlieren, denn die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich mit der Einführung von Handelsbeschränkungen und der Sorge vor einer Eskalation der handelspolitischen Konflikte zwischen den USA und anderen Wirtschaftsräumen erkennbar verschlechtert. Nach den Wahlen in Italien und den politischen Querelen in Spanien sind zudem die Sorgen über die Integrität der Europäischen Währungsunion wieder gestiegen, und auch die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sorgen weiterhin für erhebliche Verunsicherung. Hinzu kommt, dass sich geopolitische Risiken – insbesondere im Nahen Osten – zuletzt wieder verschärft haben. All dies dürfte viele Unternehmen vorsichtiger agieren lassen und die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern beeinträchtigen. Dies wird auch hierzulande die Produktion dämpfen, denn zum einen dürfte die Investitionsdynamik auch in Deutschland – trotz gut ausgelasteter Kapazitäten – etwas an Schwung verlieren.

Zum anderen sind Maschinen das wichtigste Exportgut der deutschen Wirtschaft; deshalb schlägt sich die weltweit geringere Nachfrage auch in den Auftragsbüchern der deutschen Industrie nieder.

Während die Exporte etwas schwächeln, kann sich die deutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum weiterhin auf einen recht kräftigen privaten Konsum stützen. Die Lage am Arbeitsmarkt ist außerordentlich günstig; zudem dürften die Lohnabschlüsse angesichts weiterhin rückläufiger Arbeitslosigkeit – die Quote liegt in diesem Jahr bei 5,2 Prozent und im kommenden Jahr bei 4,9 Prozent – allmählich etwas höher ausfallen. Mehr und mehr Menschen haben also einen Job – allein dieses Jahr steigt die Zahl um knapp 550 000 Personen, im kommenden Jahr nochmal um fast 300 000 Personen –, und die Beschäftigten verdienen insgesamt ordentlich. Das kurbelt den privaten Verbrauch an.

Hinzu kommen vor allem ab kommendem Jahr die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Ausgabeausweitungen und Abgabenerleichterungen. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung entlasten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Jahresauftakt 2019 um fast zehn Milliarden Euro. Auch die angekündigte Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge sowie die Ausweitung der Mütterrente und die Einführung einer Grundrente geben Impulse in Milliardenhöhe. Darüber hinaus steigert der Bund seine investiven Ausgaben – etwa für den Breitbandausbau, für Forschung und Entwicklung sowie für den sozialen Wohnungsbau –, die die Konjunktur ebenfalls leicht anregen dürften.

Trotz der expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik bleibt die Finanzlage des Staates zunächst günstig. Die staatlichen Einnahmen sprudeln, obwohl es erhebliche Entlastungen bei

den Sozialbeiträgen geben wird, denn wegen der dynamischen Entwicklung der Konsumausgaben nehmen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer deutlich zu. Angesichts der günstigen Arbeitsmarktsituation steigt außerdem das Aufkommen aus der Einkommensteuer kräftig, während gleichzeitig die Transferausgaben – insbesondere die Ausgaben für Arbeitslosigkeit – nur moderat zunehmen. Die daraus und aus den ungewöhnlich niedrigen Zinsen, die der Staat auf seine Schulden bezahlt, resultierenden Überschüsse im öffentlichen Gesamthaushalt von 50 Milliarden Euro in diesem und 45 Milliarden Euro im kommenden Jahr sind freilich zu einem wesentlichen Teil temporärer Natur. Die Spielräume für auf Dauer angelegte Ausgabeausweitungen – etwa im Bereich der Rentenversicherung – oder Einnahmekürzungen – etwa durch eine breit angelegte Senkung der Einkommensteuer – sind daher sehr begrenzt und sollten daran orientiert sein, das längerfristige Wachstum der deutschen Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Angesichts der absehbar ungünstigen demographischen Entwicklung ist die Politik insbesondere gefordert, die Rahmenbedingungen für Investitionen attraktiver zu gestalten sowie in Bildung und Forschung zu investieren, denn so kann die Produktivität der – langfristig weniger werdenden – Arbeitskräfte gesteigert werden.

Die hohe Unsicherheit über die politischen Rahmenbedingungen beeinträchtigt die Investitionstätigkeit und damit die Konjunktur, auch ohne dass es zu einer Verschärfung der Probleme kommt. Zudem sorgen die verschiedenen Krisenherde für Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen

Aussichten, denn die insgesamt günstigen wirtschaftlichen Perspektiven werden durch erhebliche Risiken überschattet. Mit der Einführung von Zöllen auf die US-Importe von Stahl und Aluminium und der geplanten Einführung von Gegenzöllen durch die Europäische Union hat der handelspolitische Konflikt an Schärfe gewonnen. Die auf einer möglichen nächsten Eskalationsstufe denkbaren Beeinträchtigungen des internationalen Handels – etwa US-Zölle auf Autos – könnten Produktionseinbußen in Höhe von mehreren Milliarden Euro und damit einen Rückgang des Wachstums der deutschen Wirtschaft um einige Zehntel-Prozentpunkte nach sich ziehen.

Auch die wirtschaftspolitisch schwierige Situation in Italien hat das Potential, die Konjunktur über die in dieser Prognose unterstellte Unsicherheit hinaus zu beeinträchtigen. Sollte die neue italienische Regierung auf einer nur teilweisen Rückzahlung der öffentlichen Verschuldung beharren und sich solche Zahlungsausfälle als wahrscheinlich erweisen, so könnte dies erneut zu Spannungen auf den Finanzmärkten führen und ein Wiederaufflammen der Krise im Euroraum nach sich ziehen.

In diesem Umfeld ist die Politik dringender denn je gefordert, die Institutionen der Währungsunion zu stärken und insbesondere für ein stabileres Banken- und Finanzsystem zu sorgen, das den Bedingungen einer Währungsunion gerecht wird – etwa durch die Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung und klare Regeln für eine geordnete Schuldenrestrukturierung der Mitgliedsländer.

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Guido Baldi** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gbaldi@diw.de](mailto:gbaldi@diw.de)

**Christian Breuer** ist Junior Professor für Europäische Wirtschaft an der technischen Universität Chemnitz | [christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de](mailto:christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de)

**Geraldine Dany-Knedlik** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**Hella Engerer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [hengerer@diw.de](mailto:hengerer@diw.de)

**Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin | [mfratzscher@diw.de](mailto:mfratzscher@diw.de)

**Stefan Gebauer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sgebauer@diw.de](mailto:sgebauer@diw.de)

**Simon Junker** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sjunker@diw.de](mailto:sjunker@diw.de)

**Claus Michelsen** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**Malte Rieth** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | [mrieth@diw.de](mailto:mrieth@diw.de)

**Thore Schlaak** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [tschlaak@diw.de](mailto:tschlaak@diw.de)

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2018:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



# Weltwirtschaft und Euroraum: Erhöhte Unsicherheit dämpft Wachstum

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

## ABSTRACT

Die politischen Rahmenbedingungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung sind derzeit durch vielfache Unsicherheiten geprägt; dies lastet insbesondere auf der Investitionstätigkeit und bremst die globale Konjunktur. Das DIW Berlin reduziert seine Prognose für das laufende und das kommende Jahr daher leicht auf 4,1 Prozent beziehungsweise 3,9 Prozent. Der globale Aufschwung scheint aber weithin intakt. In den entwickelten Volkswirtschaften stützt vor allem die gute Lage am Arbeitsmarkt den Konsum. Für die USA ist vor dem Hintergrund von finanzpolitischen Impulsen zudem mit höheren Wachstumsraten als zu Jahresbeginn zu rechnen. Für den Euroraum haben sich die Aussichten hingegen eingetrübt. Auch viele Schwellenländer stehen stärker unter Druck – neben hausgemachten Problemen vor allem wegen der Dollarstärke, die mit der gestiegenen Unsicherheit und einer global weniger expansiv ausgerichteten Geldpolitik einhergeht. Im weiteren Verlauf dürften der Anstieg des weltweiten Zinsniveaus, erste Arbeitskräfteengpässe in den entwickelten Volkswirtschaften und eine weitere graduelle Verlangsamung des Wachstums in China die Weltkonjunktur weiter entschleunigen. Risiken für die Fortsetzung des globalen Aufschwungs gehen vor allem von protektionistischen Bestrebungen der USA sowie politischen Unsicherheiten im Euroraum aus.

Die Weltwirtschaft hat zum Jahresauftakt weiter an Schwung verloren. Hierzu dürfte die spürbar gestiegene Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beigetragen haben. Insbesondere für die Schwellenländer verschlechterte sich zudem das internationale Kapitalmarktumfeld. In einigen wichtigen entwickelten Volkswirtschaften lasteten zusätzlich Sonderfaktoren auf dem Wachstum.

Insgesamt scheint der globale Aufschwung aber intakt und die Weltproduktion dürfte in den kommenden Quartalen wieder stärker steigen, wenngleich nicht mit dem Tempo des vergangenen Jahres (Abbildung 1). In den entwickelten Volkswirtschaften stützen die gute Lage am Arbeitsmarkt und damit einhergehende Kaufkraftgewinne der Haushalte den Konsum. Vor allem für die USA und für Japan ist daher mit einer Rückkehr zu höherem Wachstum zu rechnen. Für den Euroraum haben sich die Aussichten aber eingetrübt. Einerseits sind die Energiepreise zuletzt stark gestiegen; dies dürfte die Binnennachfrage schwächen. Andererseits hat der Euro abgewertet, so dass die Exportnachfrage etwas anziehen dürfte.

Die global gestiegene Unsicherheit dürfte insbesondere in diesem Jahr den Welthandel und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bremsen. Gegen Ende des Prognosezeitraums machen sich dann außerdem höhere Zinsen und ein Arbeitskräftemangel – etwa in den USA oder im Euroraum – bemerkbar. Hinzu kommt eine graduelle Verlangsamung des Wachstums in China, so dass das Expansionstempo der Weltwirtschaft weiter nachlassen dürfte.

Alles in allem dürfte die globale Produktion in diesem Jahr um 4,1 Prozent wachsen. Im nächsten Jahr schwächt sich das Wachstum dann leicht ab. Damit senkt das DIW Berlin seine Vorausschätzung im Vergleich zur Frühjahrsprognose für beide Jahre leicht (Tabelle).

Das geldpolitische Umfeld wird global wohl weniger expansiv ausgerichtet sein. In den USA dürfte die Notenbank die Leitzinsen weiter erhöhen, angesichts eines nur moderaten Preis- und Lohndrucks allerdings nur allmählich. Im Euroraum ist ein Ende der Nettoankäufe in diesem Jahr trotz der leichten Wachstumseintrübung zu Jahresbeginn wahrscheinlich.

Eine erste Leitzinserhöhung durch die Europäische Zentralbank wird für die zweite Jahreshälfte 2019 angenommen. Die Finanzpolitik dürfte global expansiver ausgerichtet sein als zuletzt. In den USA und in einigen europäischen Ländern dürften die beschlossenen beziehungsweise angekündigten Maßnahmen das Wachstum heben.

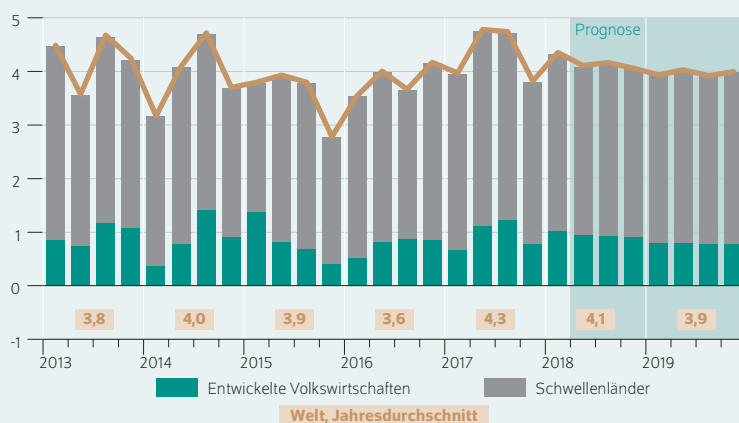
Die Risiken für die Weltkonjunktur sind gestiegen. Sollte sich der von den USA ausgehende Protektionismus verstärken, würde dies den Welthandel belasten. Dies dürfte auch zu einer weiteren Eintrübung des internationalen Kapitalmarktumfelds führen. Eine Verschärfung der politischen Unsicherheiten in Südeuropa würde zudem die Finanzierungsbedingungen im Euroraum verschlechtern und auf die Stimmung bei Haushalten und Unternehmen schlagen. Sowohl ein Anstieg der globalen Unsicherheit als auch sich zuspitzende politische Entwicklungen in Europa würden das Investitionsgeschehen belasten.

## USA: Fiskalimpulse schieben Aufschwung an

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des laufenden Jahres um annualisiert 2,2 Prozent zugelegt. Während sich die privaten Konsumausgaben wohl aufgrund des in weiten Teilen des Landes kalten Winters verhalten entwickelt haben, sind die Unternehmensinvestitionen kräftig gestiegen.

Abbildung 1

## Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Das weltwirtschaftliche Umfeld trübt sich ein.

Tabelle

## Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

|                               | Bruttoinlandsprodukt                         |      |      |      | Verbraucherpreise |      |      |      | Arbeitslosenquote in Prozent |      |      |      |
|-------------------------------|----------------------------------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|------------------------------|------|------|------|
|                               | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent |      |      |      |                   |      |      |      |                              |      |      |      |
|                               | 2016                                         | 2017 | 2018 | 2019 | 2016              | 2017 | 2018 | 2019 | 2016                         | 2017 | 2018 | 2019 |
| Euroraum                      | 1,8                                          | 2,5  | 2,0  | 1,7  | 0,4               | 1,4  | 1,9  | 1,8  | 10,0                         | 9,0  | 8,2  | 8,0  |
| ohne Deutschland              | 1,8                                          | 2,5  | 2,1  | 1,7  | 0,4               | 1,3  | 1,8  | 1,7  | 12,6                         | 11,4 | 10,5 | 10,3 |
| Frankreich                    | 1,1                                          | 2,0  | 1,9  | 1,7  | 0,2               | 1,1  | 1,7  | 1,5  | 10,1                         | 9,4  | 8,8  | 8,6  |
| Italien                       | 1,0                                          | 1,5  | 1,3  | 1,1  | 0,0               | 1,3  | 1,2  | 1,4  | 11,7                         | 11,3 | 10,8 | 10,6 |
| Spanien                       | 3,3                                          | 3,0  | 2,7  | 2,2  | -0,2              | 2,0  | 2,2  | 2,3  | 19,7                         | 17,2 | 15,9 | 15,4 |
| Niederlande                   | 2,1                                          | 3,3  | 2,7  | 2,3  | 0,1               | 1,3  | 1,5  | 1,8  | 6,0                          | 4,8  | 4,1  | 4,0  |
| Vereinigtes Königreich        | 1,9                                          | 1,8  | 1,3  | 1,3  | 0,7               | 2,7  | 2,5  | 2,0  | 5,0                          | 4,5  | 4,4  | 4,5  |
| USA                           | 1,5                                          | 2,3  | 2,8  | 2,5  | 1,3               | 2,1  | 2,6  | 2,1  | 4,9                          | 4,4  | 3,9  | 3,5  |
| Japan                         | 1,0                                          | 1,7  | 1,1  | 1,0  | -0,1              | 0,5  | 1,0  | 1,1  | 3,1                          | 2,8  | 2,7  | 2,6  |
| Südkorea                      | 2,9                                          | 3,1  | 3,0  | 2,7  | 1,0               | 2,0  | 2,0  | 2,7  | 3,7                          | 3,7  | 3,2  | 3,0  |
| Mittel- und Osteuropa         | 3,2                                          | 5,0  | 4,0  | 3,3  | -0,2              | 1,7  | 2,3  | 2,8  | 5,7                          | 4,6  | 4,0  | 3,8  |
| Türkei                        | 3,2                                          | 7,4  | 4,2  | 3,0  | 7,8               | 11,1 | 10,8 | 10,6 | 10,9                         | 10,9 | 10,3 | 10,5 |
| Russland                      | -0,2                                         | 1,7  | 1,8  | 2,2  | 6,6               | 3,5  | 2,3  | 3,8  | 5,5                          | 5,1  | 4,7  | 4,6  |
| China                         | 6,7                                          | 6,9  | 6,5  | 6,3  | 1,6               | 1,7  | 2,0  | 2,4  | 4,1                          | 4,0  | 4,0  | 4,0  |
| Indien                        | 7,9                                          | 6,3  | 6,6  | 5,8  | 3,0               | 4,0  | 5,3  | 6,1  |                              |      |      |      |
| Brasilien                     | -3,5                                         | 1,0  | 0,8  | 1,1  | 8,7               | 3,4  | 4,5  | 6,0  | 11,3                         | 12,8 | 10,6 | 8,4  |
| Mexiko                        | 2,6                                          | 2,3  | 2,1  | 2,0  | 2,8               | 6,0  | 4,1  | 3,2  | 3,9                          | 3,4  | 4,8  | 4,8  |
| Entwickelte Volkswirtschaften | 1,6                                          | 2,3  | 2,3  | 2,0  | 0,8               | 1,8  | 2,2  | 1,9  | 5,9                          | 5,3  | 4,8  | 4,6  |
| Schwellenländer               | 5,0                                          | 5,6  | 5,3  | 5,1  | 3,0               | 3,1  | 3,4  | 4,0  | 5,3                          | 5,2  | 5,0  | 4,8  |
| Welt                          | 3,6                                          | 4,3  | 4,1  | 3,9  | 2,1               | 2,5  | 2,9  | 3,1  | 5,5                          | 5,3  | 4,9  | 4,7  |

Quelle: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

## Kasten

**Zur makroökonomischen Stabilität und Finanzmarktsituation in Italien**

Seit den Wahlen im März, vor allem aber seit den Koalitionsgesprächen und der Regierungsbildung im Mai haben die Sorgen um die makroökonomische Stabilität Italiens erheblich zugenommen. Vielfach wird befürchtet, dass der neue finanzpolitische Kurs im Zusammenspiel mit fragilen makroökonomischen Rahmenbedingungen zu Spannungen an den Finanzmärkten führen könnte, die den Verbleib Italiens in der Währungsunion gefährden könnten.

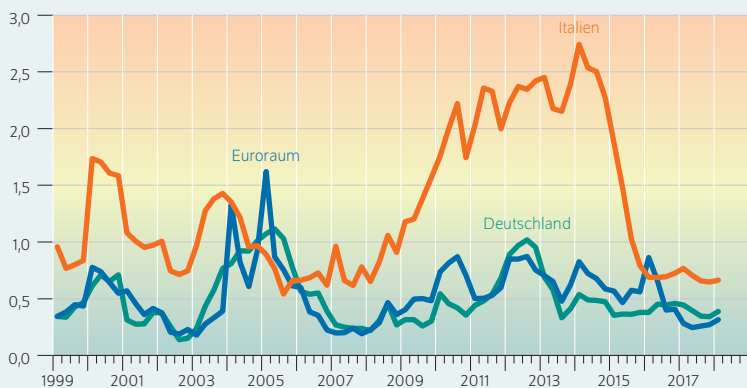
Die auch im Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren (Macroeconomic Imbalance Procedure, MIP) der Europäischen Union verwendeten Indikatoren legen indes kein ausgeprägtes gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht Italiens nahe. Ein auf Basis der MIP-Indikatoren ermittelter Index des DIW Berlin, der makroökonomische Ungleichgewichte durch das Überschreiten bestimmter Schwellenwerte anzeigt,<sup>1</sup> hat sich seit 2015 erheblich

<sup>1</sup> Liegt der Index über 1, so verletzen die Indikatoren im Durchschnitt die von der Europäischen Union definierten Grenzwerte. Liegt der Index über 2, so haben die makroökonomischen Ungleichgewichte ein Ausmaß erreicht, das mit einem hohen Risiko einer gesamtwirtschaftlichen Krise einhergeht. Das Schätzverfahren wird in einem in Kürze erscheinenden DIW-Diskussionspapier detailliert vorgestellt.

verbessert und weist aktuell nicht auf eine gravierende Schieflage hin (Abbildung 1). Dahinter steht sowohl eine deutliche Verbesserung der externen Ungleichgewichte (etwa des Leistungsbilanzsaldos oder der Exportmarktanteile) als auch der internen Ungleichgewichte (etwa der Verschuldung des Privatsektors). Insgesamt ebenfalls günstig, wenngleich noch auf hohem Niveau, hat sich zuletzt die Arbeitslosigkeit entwickelt.

Ein anhaltendes Problem besteht in erster Linie im Zusammenhang mit der öffentlichen Verschuldung (Abbildung 2). Entsprechend sensibel haben die Finanzmärkte reagiert, als die neue Regierung die Rückzahlung der Schulden zumindest teilweise in Frage stellte. So fielen die Leitindizes europäischer Börsen in den Tagen nach der Verkündung des gemeinsamen Regierungsprogramms am 14. Mai, insbesondere die an der Mailänder Börse gehandelten Wertpapiere verloren spürbar an Wert (Abbildung 3). Vor allem die Aktienkurse italienischer Banken waren verhältnismäßig stark betroffen; in Italien ansässige Finanzinstitute halten etwa die Hälfte der im Umlauf befindlichen italienischen Staatsschulden.

Abbildung 1

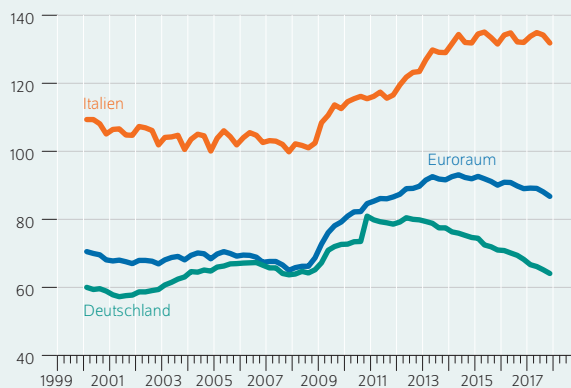
**Makroökonomische Ungleichgewichte in Italien, Deutschland und im Euroraum**  
 Indexwerte


Quellen: Eigene Berechnungen; gewichtetes Mittel skalierten Indikatoren des MIP-Scoreboard (online verfügbar).

© DIW Berlin 2018

Die makroökonomischen Ungleichgewichte in Italien sind seit 2015 deutlich zurückgegangen.

Abbildung 2

**Öffentliche Verschuldung in Italien, Deutschland und im Euroraum**  
 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts


Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2018

Die öffentliche Verschuldung in Italien bleibt hoch.

Im Prognosezeitraum wird sich die Aufwärtsdynamik der US-Wirtschaft angesichts einer expansiven Finanzpolitik verstärken. Neben umfangreichen Steuersenkungen wurden auch merkliche Erhöhungen der Ausgaben beschlossen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Arbeitslosenquote hat sich innerhalb eines Jahres um einen halben Prozentpunkt verringert und

lag im Mai noch bei 3,8 Prozent. Angesichts zunehmender Engpässe auf dem Arbeitsmarkt dürften die Reallöhne im Prognosezeitraum etwas stärker zulegen als in den vergangenen Jahren; dies dürfte den privaten Verbrauch stützen. Im Zuge einer steigenden Kapazitätsauslastung werden sich die Investitionen der Unternehmen erhöhen. Allerdings wird die Investitionsbereitschaft durch die handelspolitischen

Die in der Folgezeit herrschende Unsicherheit über das tatsächliche Zustandekommen der Koalition verstärkte den Kursverfall. Das erratische Vorgehen bei der Regierungsbildung führte außerdem zu stärkeren Schwankungen der Börsenkurse als zuvor, auch wenn die Volatilität bereits seit Anfang Mai gestiegen war (Abbildung 4 oben). Allerdings trug die Nachricht einer gelungenen Regierungsbildung – trotz der beteiligten Parteien – zur Stabilisierung der Aktienmärkte bei.

Schließlich zeigte sich die Verunsicherung an den Finanzmärkten in kräftig gestiegenen Renditen auf italienische Staatsanleihen. Auffällig war hierbei, dass nicht nur Zinsen auf langfristig laufende Schulscheine kräftig zulegten, sondern auch die Renditen auf Titel mit kürzerer Laufzeit (Abbildung 4 unten).<sup>2</sup> Die gestiegene Unsicherheit über die zukünftige Rückzahlung italienischer Staatsschulden ließ Anleger verstärkt in als sicherer wahrgenommene Papiere – etwa deutsche Staatsanleihen – investieren. Mit Ab-

schluss der Regierungsbildung entspannte sich die Situation an den Anleihemärkten jedoch wieder.

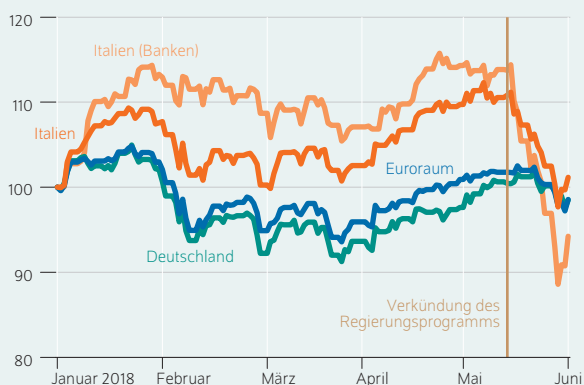
Vor dem Hintergrund der ausgewerteten Indikatoren stellen sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen in Italien robuster dar als vielfach befürchtet. Gefahr geht derzeit in erster Linie vom Umgang der Politik mit der hohen öffentlichen Verschuldung aus. Wird diese allmählich zurückgeführt – durch eine Beibehaltung der in den vergangenen Jahren insgesamt stabilitätsorientierten Finanzpolitik, aber verstärkt auch durch Maßnahmen, die geeignet sind, das (nominale) Wachstum der italienischen Volkswirtschaft zu stützen –, so sprechen die makroökonomischen Indikatoren durchaus dafür, dass Italiens Wirtschaft die aktuellen Spannungen hinter sich lassen kann.

<sup>2</sup> In der Regel ist der Unterschied der Renditen kurzlaufender Papiere zwischen den Mitgliedsstaaten des Euroraums geringer als bei längerfristig laufenden Titeln, da die Entwicklung kurzfristiger Zinsen besonders stark von der für alle Mitgliedsstaaten geltenden Geldpolitik der Europäischen Zentralbank abhängt.

Abbildung 3

### Leitindizes in Italien, Deutschland und im Euroraum

Index, 1. Januar 2018 = 100



Quelle: Bloomberg.

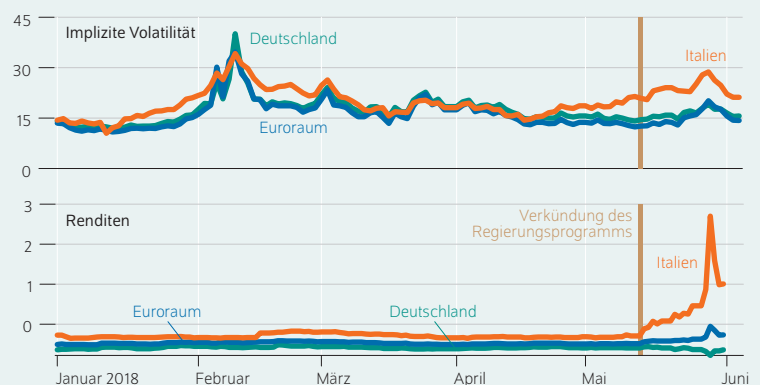
© DIW Berlin 2018

Die Aktienkurse italienischer Banken fielen verhältnismäßig kräftig.

Abbildung 4

### Implizite Volatilität europäischer Leitindizes, Renditen zweijähriger Staatsanleihen

Black-Scholes, 30 Tage (oben); in Prozent (unten)



Quelle: Bloomberg.

© DIW Berlin 2018

Unsicherheit über die Regierungsbildung ließ die Schwankungen an den Börsen steigen.

Unsicherheiten gedämpft. Vor dem Hintergrund des kräftigen Wirtschaftswachstums und einer etwas höheren Inflation dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen weiter schrittweise anheben. Alles in allem wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 wohl bei 2,8 Prozent liegen. Im Jahr 2019 dürfte die US-Wirtschaft um 2,5 Prozent zulegen.

### Japan: unerwartet schwacher Jahresauftakt

Das Bruttoinlandsprodukt in Japan ist im ersten Quartal dieses Jahres um 0,2 Prozent gesunken. Ungünstige Wetterbedingungen und ein damit verbundener Anstieg der Lebensmittelpreise dämpften die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Zudem gingen die Investitionstätigkeit und

insbesondere die Bauinvestitionen zurück.<sup>1</sup> Die Arbeitslosenquote sank trotz der schwachen Produktion und betrug zuletzt 2,5 Prozent.

Da der Einbruch der privaten Konsumausgaben zu Beginn dieses Jahres größtenteils durch temporäre Faktoren begründet war, dürfte die Produktion im weiteren Verlauf des Jahres wieder steigen. Zudem wird die jüngste Abwertung des Yen den Außenhandel wohl begünstigen. Allerdings dürfte ein anhaltender Rückgang der Bauinvestitionen die konjunkturelle Dynamik hemmen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 wohl um 1,1 Prozent und im Jahr 2019 um 1,0 Prozent steigen.

### China: Wachstum flacht leicht ab

Die Produktion in China nahm im ersten Quartal mit 1,4 Prozent verlangsamt zu, nach 1,8 Prozent im Vorquartal. Das Wachstum zu Beginn des Jahres wurde durch eine kräftige Ausweitung des privaten Konsums getragen. Weiterhin deutliche Lohnsteigerungen erhöhten die verfügbaren Einkommen der Haushalte und stützten damit den privaten Verbrauch. Allerdings wurde verstärkt importiert; vor allem die Einfuhren von Rohstoffen nahmen deutlich zu. Da gleichzeitig die Exporte etwas an Schwung verloren haben, wirkte der Außenhandel zu Beginn des Jahres per saldo leicht dämpfend auf die Konjunktur.

Im Prognosezeitraum ist mit einer weiterhin robusten Konjunktur zu rechnen, vor allem gestützt auf eine kräftige binnenwirtschaftliche Nachfrage. Ein Risiko für den Außenhandel stellt die immer noch anhaltende Unsicherheit über die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten dar.<sup>2</sup> Insgesamt dürfte die Produktion in diesem Jahr um 6,5 Prozent und im nächsten Jahr um 6,3 Prozent expandieren.

### Euroraum: Politische Unsicherheit belastet Investitionen

Das Bruttoinlandsprodukt legte im Euroraum im ersten Quartal um 0,4 Prozent zu, die Expansion fiel somit schwächer aus als noch in den Vorquartalen. Das Wachstum verlangsamte sich vor allem wegen der deutlich rückläufigen Exporte. Privater Konsum und Investitionen stiegen dagegen spürbar. Vor allem die Bauinvestitionen legten deutlich zu, wohingegen die Investitionen in Ausrüstungen nach kräftigen Zuwächsen in den vergangenen Quartalen rückläufig waren.

Auch im Prognosezeitraum dürften die Investitionen aufgrund der gestiegenen politischen Unsicherheit in Europa – in erster Linie aufgrund der politischen Entwicklung in Italien und Spanien sowie der Austrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich – nur verhalten ausgeweitet werden. Daneben ist die anhaltende Diskussion über protektionistische Maßnahmen seitens der Vereinigten Staaten ein weiterer Quell der Unsicherheit und dämpft die Investitionstätigkeit der Unternehmen zusätzlich. Sollte es – wie hier unterstellt – nicht zu einer weiteren Eskalation des Handelskonflikts kommen, so dürfte der Außenhandel angesichts der robusten, wenn auch leicht nachgebenden weltwirtschaftlichen Dynamik und eines schwächeren Außenwertes des Euro per saldo das Wachstum stützen.

Die privaten Haushalte werden im Prognosezeitraum wohl weiterhin von der günstigen Lage am Arbeitsmarkt profitieren; der Beschäftigungsaufbau dürfte sich fortsetzen. Steigende Löhne werden den privaten Konsum wohl zusätzlich stützen; neben den hohen Rohstoffpreisen und der Abwertung des Euro dürfte dies zu einer allmählich steigenden Inflation beitragen. Dies wird die Kaufkraft der privaten Haushalte dann wohl etwas dämpfen. Da die bereits zuletzt kräftigere Teuerung allerdings vor allem auf gestiegene Rohstoffpreise zurückzuführen ist, dürfte sie vorerst keine Folgen für die geldpolitische Ausrichtung der Europäischen Zentralbank im laufenden Jahr haben; eine erste Anhebung der Leitzinsen wird für die zweite Jahreshälfte 2019 angenommen. Daneben werden für das laufende und kommende Jahr beschlossene finanzpolitische Impulse, etwa in Frankreich und den Niederlanden, wohl vor allem 2019 leicht expansiv wirken.

Im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum um 2,0 Prozent und im kommenden Jahr um 1,7 Prozent steigen.

### Vereinigtes Königreich: schwacher privater Verbrauch trotz rückläufiger Inflation

Die Produktion der britischen Wirtschaft stagnierte im ersten Quartal. Hierfür waren insbesondere eine nur schwache Expansion des privaten Verbrauchs sowie rückläufige Unternehmensinvestitionen verantwortlich.

Im Prognosezeitraum dürfte der private Verbrauch das Wachstum nur geringfügig stützen. Zwar stiegen die Verbraucherpreise zuletzt weniger stark als noch im vergangenen Jahr. Allerdings werden daraus resultierende reale Einkommenszuwächse – zusätzlich begünstigt durch die gute Lage am Arbeitsmarkt und moderat steigende Löhne – wohl nur in Teilen dem privaten Konsum zugutekommen: Nachdem die Sparquote der privaten Haushalte aufgrund rückläufiger real verfügbarer Einkommen im vergangenen Jahr auf ein historisch niedriges Niveau gesunken war, dürfte ein höherer Teil der Einkommenszuwächse gespart werden. Auch die Investitionen werden aufgrund der anhaltend hohen Unsicherheit mit Blick auf die

<sup>1</sup> Die expansive geldpolitische Ausrichtung, aber auch eine Änderung der Erbschaftsteuer begünstigten starke Zuwächse der Bauinvestitionen in den Jahren 2015 und 2016. Der im vergangenen Jahr einsetzende Rückgang der Bauinvestitionen, zu dem auch eine Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien für einige Baukredite beigetragen haben dürfte, setzte sich im ersten Quartal dieses Jahres fort.

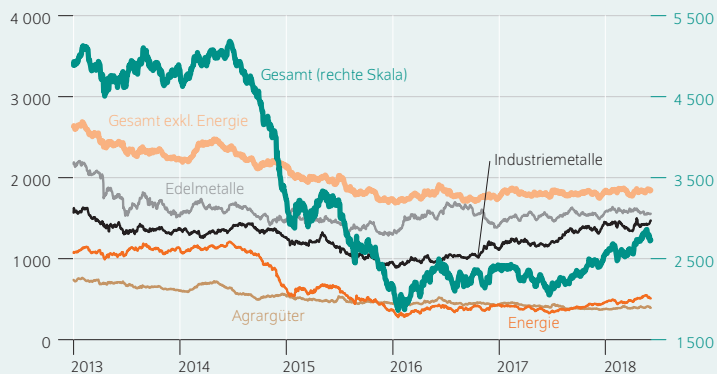
<sup>2</sup> Zwar hat die chinesische Regierung im Zuge laufender Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit den USA Einfuhrzölle auf Automobile herabgesetzt, jedoch deuten die zuletzt geführten Gespräche nicht auf eine baldige Einigung über ein Handelsabkommen hin.

Abbildung 2

## Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

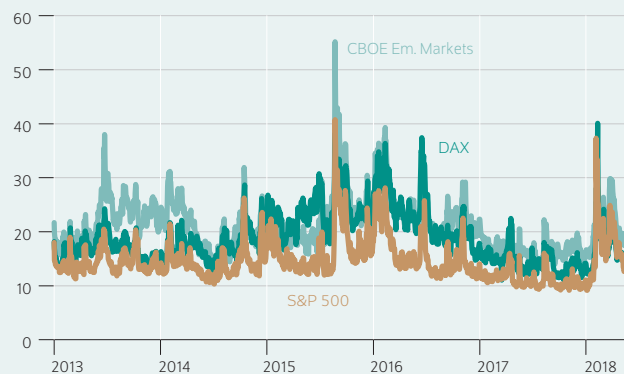
### 1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, Total return, US-Dollar



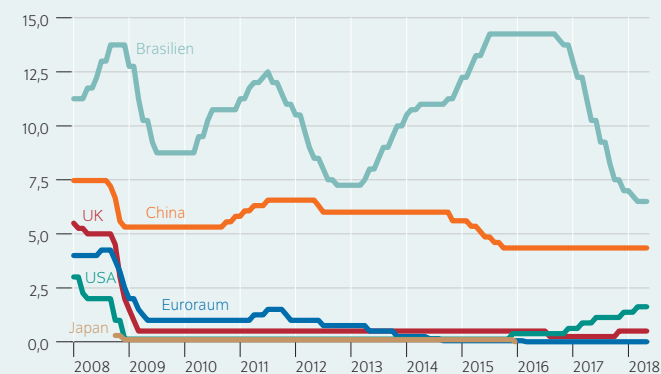
### 2. Implizite Volatilität

Schwankungen der Indizes in Punkten



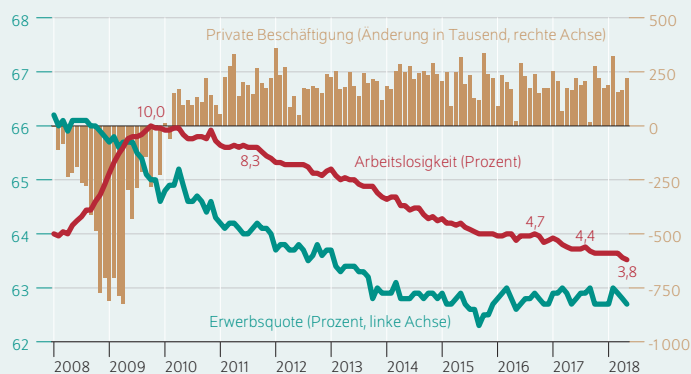
### 3. Leitzinsen

In Prozent



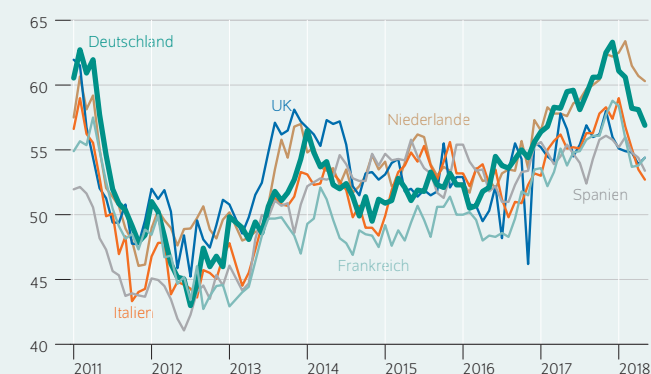
### 4. USA: Arbeitsmarktsituation

Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



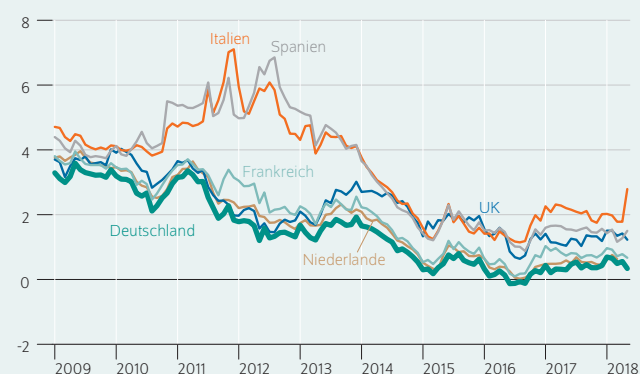
### 5. Einkaufsmanagerindizes in Europa

Punkte, verarbeitendes Gewerbe



### 6. Zehnjahresrenditen europäischer Staatsanleihen

In Prozent



Quellen: Bloomberg; Bureau of Statistics. Letzte Beobachtungen: 6. Juni 2018 (Abbildungsteile 1 und 2); Mai 2018 (Abbildungsteile 4 bis 6).

Brexit-Verhandlungen<sup>3</sup> wohl kaum zum Wachstum beitragen. Zwar dürfte der Außenhandel per saldo das Wachstum im Prognosezeitraum stützen, aufgrund einer an Dynamik verlierenden Weltwirtschaft und eines sich stabilisierenden Außenwertes des Pfund jedoch weniger als in den vergangenen Quartalen. Die Wirtschaft wird in diesem und im kommenden Jahr wohl um jeweils 1,3 Prozent wachsen.

### Mittel- und Osteuropa: solides Wachstum mit abgeschwächter Dynamik

In den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern war das Wachstum im Auftaktquartal 2018 noch kräftig; lediglich in Rumänien kühlte sich nunmehr im zweiten Quartal in Folge die zuvor überhitzte Konjunktur ab. Das Wachstum wird in den meisten Ländern weiterhin vorwiegend vom Konsum gestützt. In Bulgarien war der Konsum im ersten Quartal indes rückläufig; hier zogen die Investitionen an. Vom Außenhandel kamen meist nur geringe Impulse.

Bei einer in der Region – mit Ausnahme Rumäniens – noch moderaten Preisentwicklung steigen die Realeinkommen. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück; die Lage am Arbeitsmarkt ist inzwischen teilweise angespannt. Im weiteren Verlauf dürfte die Teuerung anziehen, auch aufgrund der Ölpreisentwicklung. Zuletzt haben Złoty, Forint und tschechische Krone gegenüber dem Euro abgewertet, so dass sich in den betroffenen Ländern auch die Importe verteuern; dies dürfte dämpfend auf die Inlandsnachfrage wirken. Der private Konsum wird in der Region wohl weniger stark expandieren. Die Investitionstätigkeit, die auch durch Mittel aus den EU-Fonds gestützt wird, stieg zwar im Auftaktquartal in einzelnen Ländern. Die Einkaufsmanagerindizes für das

verarbeitende Gewerbe deuten für Polen und Tschechien aber ebenfalls auf eine sich abschwächende Dynamik hin. Insgesamt dürfte sich das Wachstum in Mittel- und Osteuropa in diesem Jahr auf vier Prozent und im kommenden Jahr auf 3,3 Prozent verringern.

### Russland: schleppendes Wachstum

In Russland ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal mit 0,3 wieder nur leicht gestiegen. Im Vergleich zur Vorjahresperiode haben die Investitionen zugenommen; auch die Einzelhandelsumsätze haben etwas zugelegt. Im weiteren Verlauf dürfte die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt den privaten Konsum stützen. Zudem ist das Konsumentenvertrauen gestiegen. Die Inflation ist auf ein historisches Tief gesunken. Angesichts der niedrigen Inflation hat die Zentralbank den Leitzins im Februar und März jeweils um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Steigende Auftragseingänge und der etwas gestiegene Einkaufsmanagerindex im verarbeitenden Gewerbe sprechen zwar für eine Zunahme der Investitionstätigkeit. Allerdings zeigte bis Ende April die Entwicklung in der Industrie und der Bauwirtschaft noch keine Anzeichen einer deutlichen Erholung.

Von den USA wurden Anfang April zusätzliche Sanktionen gegenüber russischen Personen und Unternehmen angekündigt, darunter der weltweit bedeutende Aluminiumproduzent Rusal. Die Ankündigung hat zu einer Abwertung des Rubels geführt; dieser war bislang der Ölpreisentwicklung gefolgt. Ein schwächerer Rubel dürfte im weiteren Verlauf die Exporte stützen. Zudem spricht sich Russland für eine gewisse Lockerung der OPEC-Förderquoten im Rahmen der OPEC-Sitzung am 22. Juni aus; bei höheren Förderquoten dürften auch die russischen Ölexportmengen im zweiten Halbjahr wieder etwas expandieren. Im Prognosezeitraum dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 Prozent in diesem Jahr und um 2,2 Prozent im nächsten Jahr steigen.

<sup>3</sup> Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auch nach dem offiziellen Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU im März 2019 bestehen bleiben. Die jüngsten Beschlüsse deuten auf eine Übergangsphase für die Zeit nach dem Austritt bis Ende 2020 hin, während welcher der Zugang des Vereinigten Königreichs zum Binnenmarkt weitgehend erhalten bleibt. In dieser Phase sollen die Verhandlungen über ein sich anschließendes Freihandelsabkommen zwischen EU und Vereinigtem Königreich abgeschlossen werden.

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Guido Baldi** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gbaldi@diw.de](mailto:gbaldi@diw.de)

**Geraldine Dany-Knedlik** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**Hella Engerer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [hengerer@diw.de](mailto:hengerer@diw.de)

**Stefan Gebauer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sgebauer@diw.de](mailto:sgebauer@diw.de)

**Malte Rieth** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | [mrieth@diw.de](mailto:mrieth@diw.de)

JEL: E32, E66, F01

**Keywords:** Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2018:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)





# Deutsche Wirtschaft: Abschwächung in Sicht

Von Ferdinand Fichtner, Christian Breuer, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

## ABSTRACT

Im Vergleich zum vergangenen Jahr schwächt sich die deutsche Konjunktur merklich ab. Die Bestellungen aus dem Ausland sinken und die heimischen Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück. Die Kapazitäten bleiben jedoch stark ausgelastet – auch weil im kommenden Jahr die Regierung die Einkommen der privaten Haushalte anschiebt. Aber vor allem steigen die Einkommen wegen der guten Lage am Arbeitsmarkt spürbar: Die Arbeitslosenquote sinkt auf 5,2 Prozent in diesem Jahr und auf 4,9 Prozent im kommenden. Die deutsche Wirtschaft wächst alles in allem in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im Jahr 2019 um 1,7 Prozent.

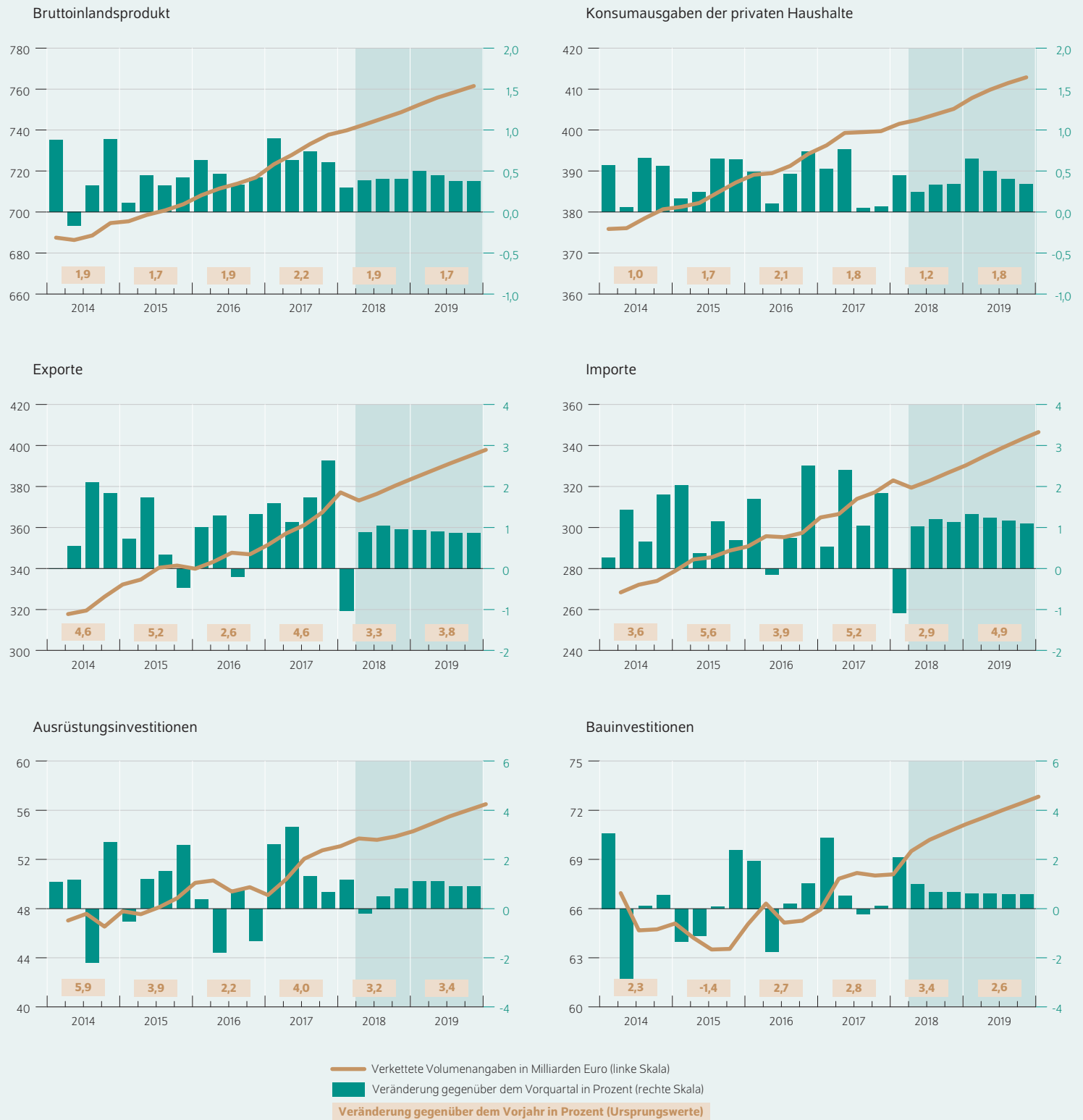
Die deutsche Wirtschaft verliert an Fahrt: Nach einem unerwartet schwachen Jahresauftakt dürften die Zuwächse bei der Wirtschaftsleistung auch im weiteren Verlauf nicht an das Tempo vom vergangenen Jahr herankommen (Abbildung 1). Dennoch wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit 1,9 Prozent spürbar zulegen (Tabelle 1) und die Kapazitäten bleiben gut ausgelastet (Abbildung 2), denn für das laufende und das kommende Quartal deutet sich zunächst eine Beschleunigung an. Im Sommerhalbjahr dürfte die Industrie ihre Produktion deutlich ausweiten; dafür sprechen die nach wie vor gut gefüllten Auftragsbücher (Abbildung 3). Für den weiteren Verlauf ist aber eine Abschwächung zu erwarten (Tabelle 2): Die Neubestellungen sind seit Jahresbeginn rückläufig, vor allem deshalb, weil sich die Weltkonjunktur nach dem starken Sommerhalbjahr 2017 seit dem Winter abgeschwächt hat. Insbesondere die globale Investitionsdynamik, die noch im vergangenen Jahr die deutsche Wirtschaft befeuert hatte, kühlt sich im Zuge des sich zuspitzenden Handelskonflikts mit den USA und zunehmender Sorgen vor einem Wiederaufflammen der Eurokrise vielerorts ab<sup>1</sup>. Dies dämpft den Anstieg der Exporte im weiteren Verlauf (Tabelle 3), wenngleich die jüngste Euro-Abwertung für sich genommen positiv wirkt. Und auch bei den heimischen Investitionen ist der Aufwärtstrend vom vergangenen Jahr zunächst unterbrochen: Die Unternehmen dürften – wie bereits im Auftaktquartal – auch im zweiten Quartal ihre Ausgaben für neue Ausrüstungen gekürzt haben. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung werden sie im weiteren Verlauf zwar wieder mehr ausgeben; die Investitionen werden aber bei weitem nicht mehr so stark zunehmen wie im vergangenen Jahr. Die privaten Haushalte werden angesichts kräftig steigender Lohneinkommen ihren Verbrauch ausweiten. Der Beschäftigungsaufbau hat jedoch an Schwung verloren, und die anziehenden Löhne können dies nicht vollständig kompensieren. Hinzu kommt ein vorübergehend kräftigerer Preisauftrieb: Die Ölpreise sind deutlich gestiegen und der Euro hat zudem gegenüber dem Dollar an Wert verloren. Dies dämpft die Kaufkraft der privaten Haushalte, vor allem im Sommer. Alles in allem bleibt die

<sup>1</sup> Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2018): Weltwirtschaft und Euroraum: Erhöhte Unsicherheit dämpft Wachstum. DIW Wochenbericht Nr. 24 500-506.

Abbildung 1

# Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

Tabelle 1

## Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

|                                                                                         | 2014   | 2015   | 2016   | 2017   | 2018   | 2019   |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent) | 1,9    | 1,7    | 1,9    | 2,2    | 1,9    | 1,7    |
| Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)                                                 | 42 672 | 43 069 | 43 638 | 44 271 | 44 815 | 45 102 |
| Erwerbslose, ILO                                                                        | 2 092  | 1 949  | 1 775  | 1 621  | 1 406  | 1 300  |
| Arbeitslose, BA                                                                         | 2 898  | 2 795  | 2 691  | 2 533  | 2 328  | 2 221  |
| Erwerbslosenquote, ILO <sup>2</sup>                                                     | 5,0    | 4,6    | 4,1    | 3,8    | 3,3    | 3,0    |
| Arbeitslosenquote, BA <sup>2</sup>                                                      | 6,7    | 6,4    | 6,1    | 5,7    | 5,2    | 4,9    |
| Verbraucherpreise <sup>3</sup>                                                          | 0,9    | 0,3    | 0,5    | 1,8    | 1,9    | 1,9    |
| Lohnstückkosten <sup>4</sup>                                                            | 1,4    | 1,8    | 1,6    | 1,5    | 2,1    | 2,1    |
| Finanzierungssaldo des Staates <sup>5</sup>                                             |        |        |        |        |        |        |
| in Milliarden Euro                                                                      | 15,5   | 25,4   | 31,9   | 38,2   | 49,4   | 46,3   |
| in Prozent des BIP                                                                      | 0,5    | 0,8    | 1,0    | 1,2    | 1,5    | 1,3    |
| Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP                                                 | 7,5    | 8,9    | 8,5    | 8,0    | 8,3    | 7,9    |

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

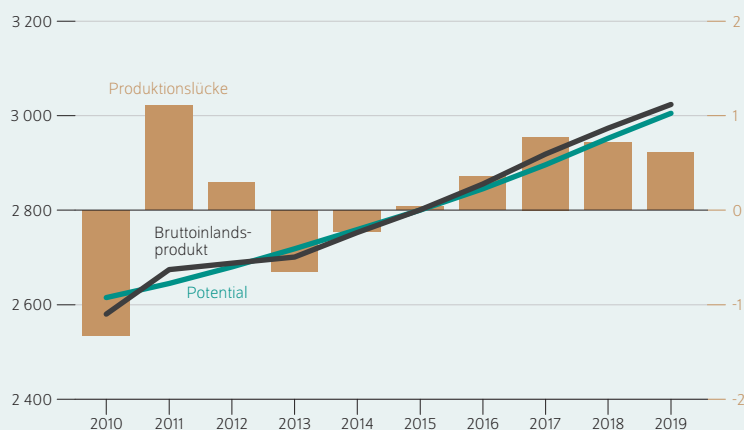
5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Abbildung 2

### Bruttoinlandsprodukt und Potential bzw. Produktionslücke In Milliarden Euro bzw. Prozent des Produktionspotentials



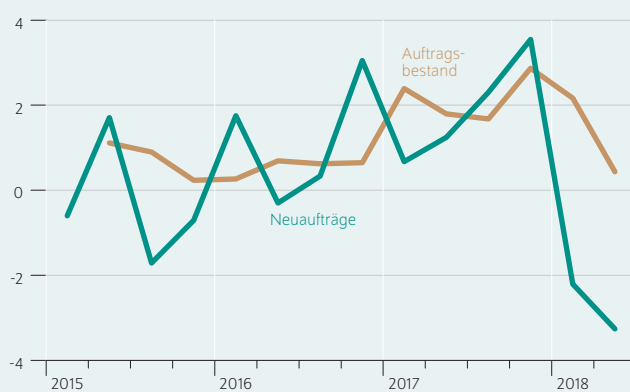
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Kapazitäten bleiben weiterhin gut ausgelastet

Abbildung 3

### Neuaufträge und Auftragsbestand Saisonbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2018

Die Neuaufträge liegen seit Jahresbeginn tief im Minus, die Bestände steigen aber weiter.

Inflation aber moderat; sie dürfte in beiden Jahren des Prognosezeitraums 1,9 Prozent betragen.

Im kommenden Jahr würde die Konjunktur für sich genommen weiter auf eine gemächlichere Gangart einschwenken und sich die Auslastung der Wirtschaft normalisieren. Allerdings stehen dem Impulse aufgrund im Koalitionsvertrag vereinbarter Maßnahmen entgegen. Viele davon werden wohl zum Jahresbeginn wirksam – etwa die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen

Krankenversicherung, die den gesetzlich versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zunächst ein um rund sechs Milliarden höheres Einkommen bringt. Das kurbelt den privaten Verbrauch vorübergehend an. Als Folge dieser Einkommensspritze wird das Wachstum im Jahr 2019 mit voraussichtlich 1,7 Prozent um etwa 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen als ohne diese Maßnahmen<sup>2</sup>; die Auslastung der

<sup>2</sup> Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2018): Politik schiebt florierende deutsche Konjunktur zusätzlich an. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar).

Tabelle 2

## Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes

|                                                     | 2017 |      |      |      | 2018 |     |      |      | 2016 <sup>6</sup> | 2017 <sup>6</sup> | 2018 <sup>6</sup> | 2019 <sup>6</sup> |
|-----------------------------------------------------|------|------|------|------|------|-----|------|------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
|                                                     | I    | II   | III  | IV   | I    | II  | III  | IV   |                   |                   |                   |                   |
| Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>                   | 0,9  | 0,6  | 0,7  | 0,6  | 0,3  | 0,4 | 0,4  | 0,4  | 1,9               | 2,2               | 1,9               | 1,7               |
| Effekt der Nettogütersteuern                        | -0,1 | -0,1 | -0,2 | 0,0  | 0,1  | 0,0 | 0,0  | 0,0  | 0,0               | -0,1              | 0,0               | 0,0               |
| Bruttowertschöpfung <sup>2</sup>                    |      |      |      |      |      |     |      |      |                   |                   |                   |                   |
| insgesamt                                           | 1,0  | 0,7  | 0,9  | 0,6  | 0,2  | 0,4 | 0,4  | 0,4  | 1,9               | 2,3               | 1,9               | 1,7               |
| Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)                   | 0,2  | 0,3  | 0,5  | 0,4  | -0,2 | 0,1 | 0,2  | 0,2  | 0,5               | 0,7               | 0,6               | 0,8               |
| Baugewerbe                                          | 0,1  | 0,1  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,1 | 0,0  | 0,0  | 0,1               | 0,1               | 0,1               | 0,1               |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr                        | 0,3  | 0,1  | 0,0  | 0,1  | 0,2  | 0,1 | 0,1  | 0,1  | 0,4               | 0,5               | 0,4               | 0,4               |
| Unternehmensdienstleister                           | 0,1  | 0,0  | 0,1  | 0,0  | 0,1  | 0,0 | 0,0  | 0,0  | 0,2               | 0,3               | 0,2               | 0,2               |
| Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit | 0,1  | 0,2  | 0,1  | 0,0  | 0,0  | 0,1 | 0,0  | 0,0  | 0,4               | 0,4               | 0,2               | 0,1               |
| übrige Dienstleister <sup>3</sup>                   | 0,2  | 0,0  | 0,2  | 0,0  | 0,1  | 0,1 | 0,1  | 0,1  | 0,3               | 0,4               | 0,3               | 0,2               |
| Erwerbstätige <sup>4</sup>                          |      |      |      |      |      |     |      |      |                   |                   |                   |                   |
| insgesamt                                           | 184  | 137  | 141  | 135  | 196  | 105 | 90   | 74   | 569               | 633               | 544               | 287               |
| Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)                   | 40   | 25   | 22   | 20   | 39   | 16  | 13   | 9    | 18                | 86                | 92                | 35                |
| Baugewerbe                                          | 18   | 5    | 4    | 12   | 24   | 6   | 4    | 3    | 26                | 40                | 43                | 11                |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr                        | 39   | 30   | 17   | 15   | 40   | 19  | 17   | 13   | 120               | 115               | 93                | 49                |
| Unternehmensdienstleister                           | 37   | 29   | 27   | 26   | 49   | 27  | 25   | 22   | 139               | 132               | 128               | 86                |
| Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit | 45   | 49   | 57   | 43   | 62   | 35  | 32   | 28   | 246               | 211               | 184               | 99                |
| übrige Dienstleister <sup>3</sup>                   | 1    | 0    | 10   | 24   | -2   | 10  | 4    | 2    | 39                | 51                | 30                | 12                |
| Produktivität <sup>5</sup>                          |      |      |      |      |      |     |      |      |                   |                   |                   |                   |
| insgesamt                                           | 0,5  | 0,4  | 0,6  | 0,3  | -0,2 | 0,1 | 0,2  | 0,2  | 0,6               | 0,8               | 0,7               | 1,0               |
| Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)                   | 0,3  | 0,9  | 1,6  | 1,2  | -1,1 | 0,1 | 0,6  | 0,6  | 1,6               | 1,6               | 1,3               | 2,5               |
| Baugewerbe                                          | 1,8  | 0,9  | -0,3 | 0,5  | -0,6 | 1,2 | 0,0  | 0,2  | 0,9               | 0,7               | 0,9               | 1,0               |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr                        | 1,2  | 0,6  | -0,1 | 0,5  | 0,9  | 0,2 | 0,2  | 0,4  | 1,1               | 1,8               | 1,7               | 1,7               |
| Unternehmensdienstleister                           | 0,5  | -0,4 | 0,8  | -0,3 | -0,3 | 0,0 | -0,1 | 0,0  | -0,6              | 0,1               | -0,3              | 0,2               |
| Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit | 0,0  | 0,4  | 0,0  | -0,2 | -0,4 | 0,0 | -0,1 | -0,1 | -0,1              | 0,2               | -0,6              | -0,3              |
| übrige Dienstleister <sup>3</sup>                   | 0,5  | -0,1 | 0,6  | 0,1  | 0,1  | 0,3 | 0,2  | 0,2  | 0,9               | 0,7               | 0,9               | 0,8               |

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

2 Bruttowertschöpfung: insgesamt – preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent; Wirtschaftsbereiche – Wachstumsbeitrag zur gesamten Änderung in Prozentpunkten.

3 Die „übrigen Dienstleister“ umfassen die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- & Versicherungs- sowie sonstige Dienstleister.

4 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.

5 (Arbeits-)produktivität je Erwerbstätigen in Prozent.

6 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige – absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018; Prognose ab zweitem Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten verharrt auf ihrem überdurchschnittlichen Wert. Das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergebende 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 1,6 Prozent und 2,1 Prozent, für das kommende Jahr zwischen 1,2 und 2,2 Prozent (Abbildung 4). Weil der höhere Konsum die Importe anfacht, sinkt der Leistungsbilanzsaldo etwas: von 8,3 Prozent in diesem Jahr auf 7,9 Prozent im kommenden.

Die Finanzlage der öffentlichen Hand bleibt trotz erheblicher Mehrausgaben im Rahmen des Koalitionsvertrags günstig: Für dieses Jahr ist ein Überschuss von 50 Milliarden Euro zu erwarten, für das kommende von 45 Milliarden Euro.

Die Risiken sind zuletzt gestiegen. Der Handelskonflikt mit den USA könnte sich stärker auf den Welthandel auswirken als hier unterstellt oder gar weiter eskalieren; dies würde insbesondere die offene deutsche Wirtschaft empfindlich

treffen. Die politische Entwicklung in Italien birgt die Gefahr einer neuen Krise im Euroraum, die etwa über steigende Unsicherheit oder sich verschlechternde Finanzierungsbedingungen die Konjunktur in der Währungsunion und auch in Deutschland dämpfen würde.

## Inflation: nur vorübergehend über zwei Prozent

Die Verbraucherpreise werden in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich um je 1,9 Prozent steigen.<sup>3</sup> In den kommenden Monaten wird die Inflation sogar über zwei Prozent liegen. Dieser kräftigere Preisauftrieb resultiert aber aus den jüngst kräftig gestiegenen Ölpreisen. Hinzu kommt die Abwertung des Euro, die importierte Waren und

<sup>3</sup> Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 1,8 Prozent und 2,1 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,2 und 2,6 Prozent.

Tabelle 3

### Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

|                               | 2017 |      |      |      | 2018 |      |     |     | 2019 |      |      |     |
|-------------------------------|------|------|------|------|------|------|-----|-----|------|------|------|-----|
|                               | I    | II   | III  | IV   | I    | II   | III | IV  | I    | II   | III  | IV  |
| Privater Verbrauch            | 0,5  | 0,8  | 0,0  | 0,1  | 0,4  | 0,2  | 0,3 | 0,3 | 0,7  | 0,5  | 0,4  | 0,3 |
| Öffentliche Konsumausgaben    | 0,1  | 0,5  | 0,5  | 0,4  | -0,5 | 0,8  | 0,4 | 0,4 | 0,4  | 0,5  | 0,4  | 0,5 |
| Bruttoanlageinvestitionen     | 2,6  | 1,5  | 0,4  | 0,3  | 1,7  | 0,6  | 0,6 | 0,7 | 0,8  | 0,8  | 0,7  | 0,7 |
| Ausrüstungen                  | 2,6  | 3,3  | 1,3  | 0,7  | 1,2  | -0,2 | 0,5 | 0,8 | 1,1  | 1,1  | 0,9  | 0,9 |
| Bauten                        | 2,9  | 0,5  | -0,2 | 0,1  | 2,1  | 1,0  | 0,7 | 0,7 | 0,6  | 0,6  | 0,6  | 0,6 |
| Sonstige Investitionen        | 2,0  | 0,9  | 0,6  | -0,1 | 1,5  | 0,8  | 0,7 | 0,7 | 0,8  | 0,8  | 0,7  | 0,7 |
| Lagerveränderung <sup>1</sup> | -0,5 | 0,2  | 0,1  | -0,1 | -0,1 | 0,0  | 0,0 | 0,0 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0 |
| Inländische Verwendung        | 0,4  | 1,1  | 0,4  | 0,1  | 0,4  | 0,4  | 0,4 | 0,4 | 0,6  | 0,6  | 0,5  | 0,4 |
| Außenbeitrag <sup>1</sup>     | 0,5  | -0,4 | 0,4  | 0,5  | -0,1 | 0,0  | 0,0 | 0,0 | -0,1 | -0,1 | -0,1 | 0,0 |
| Export                        | 1,6  | 1,1  | 1,7  | 2,6  | -1,0 | 0,9  | 1,0 | 1,0 | 0,9  | 0,9  | 0,9  | 0,9 |
| Import                        | 0,5  | 2,4  | 1,0  | 1,8  | -1,1 | 1,0  | 1,2 | 1,1 | 1,3  | 1,2  | 1,2  | 1,1 |
| Bruttoinlandsprodukt          | 0,9  | 0,6  | 0,7  | 0,6  | 0,3  | 0,4  | 0,4 | 0,4 | 0,5  | 0,5  | 0,4  | 0,4 |

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018; Prognose ab zweitem Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

Dienstleistungen verteuert. Die Kernrate, also die Teuerung ohne Berücksichtigung der Energiepreise, steigt dieses Jahr nur leicht, auf 1,7 Prozent. Für das kommende Jahr ist bei reger Nachfrage und ausgelasteten Kapazitäten ein weiterer Anstieg auf 1,9 Prozent zu erwarten. Die Unternehmen dürften steigende Kosten – teils resultieren diese aus den (vor allem in Euro gerechnet) höheren Rohstoffpreisen (Tabelle 4), vor allem aber aus den spürbaren Lohnsteigerungen – allmählich an die Verbraucherinnen und Verbraucher überwälzen. Würden die Ölpreise nicht wie hier unterstellt im weiteren Verlauf entsprechend der Futures-Kurse sinken, sondern beispielsweise mit einer Jahresrate von zwei Prozent steigen, würde die Inflation, mit 2,0 Prozent in diesem und 2,1 Prozent im kommenden Jahr, höher ausfallen.

### Arbeitsmarkt: ruhigerer Beschäftigungsaufbau

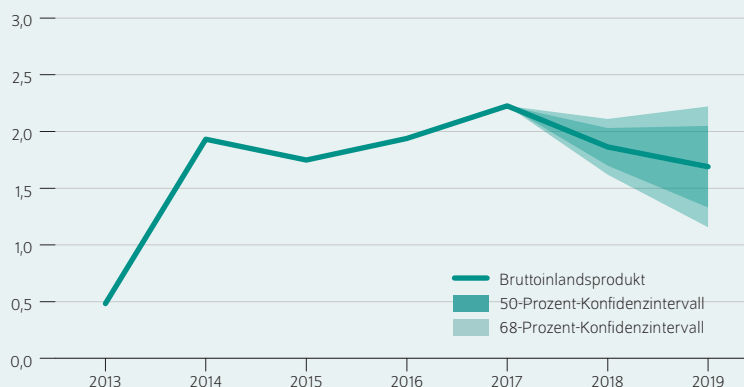
Im ersten Quartal 2018 nahm die Zahl der Erwerbstätigen kräftiger zu als in den Vorquartalen (Abbildung 5) – insbesondere aufgrund des deutlichen Aufwuchses zu Jahresbeginn. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, wenngleich nicht im gleichen Maße wie die Beschäftigung stieg. Für den Beschäftigungsaufbau war insbesondere der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse verantwortlich, während die Zahl der Selbständigen sowie jener geringfügig Beschäftigten, die keine weitere Erwerbstätigkeit ausüben, zuletzt deutlich sank.

Seit März hat sich die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus aber leicht abgeschwächt. Diese Entwicklung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, auch weil das Produktionswachstum dann schwächer ausfällt. Das inländische Erwerbspersonenpotential sinkt demografisch bedingt sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr, trotz steigender Erwerbsbeteiligung insbesondere älterer Erwerbstätiger. Aufgrund der Zuwanderung vor allem aus den Ländern der Europäischen Union steigt das Erwerbspersonenpotential dennoch in beiden Jahren des Prognosezeitraums. Da es weniger stark zunimmt als der Beschäftigungsaufbau, verringert sich auch die Arbeitslosigkeit weiter, wenngleich die Rückgänge im Prognosezeitraum nach und nach geringer ausfallen. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich in diesem Jahr auf 2,3 Millionen Personen belaufen, im kommenden Jahr beträgt sie 2,2 Millionen Personen; damit liegt die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 bei 5,2 Prozent, im kommenden Jahr bei 4,9 Prozent.<sup>4</sup>

Abbildung 4

### Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

<sup>4</sup> Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 5,1 Prozent und 5,2 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,7 und 5,1 Prozent.

Tabelle 4

## Annahmen dieser Prognose

|                         |                                                                        | 2017 | 2018 | 2019 |
|-------------------------|------------------------------------------------------------------------|------|------|------|
| EZB-Leitzins            | Prozent                                                                | 0,00 | 0,00 | 0,07 |
| Geldmarktzins           | EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent                                      | -0,3 | -0,3 | -0,3 |
| Kapitalmarktzins        | Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit    | 1,1  | 1,1  | 1,2  |
| Kapitalmarktzins        | Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit | 0,4  | 0,5  | 0,6  |
| Wechselkurs             | US-Dollar/Euro                                                         | 1,13 | 1,19 | 1,17 |
| Tarifliche Stundenlöhne | Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent                                  | 2,1  | 2,6  | 2,6  |
| Erdölpreis              | US-Dollar/Barrel                                                       | 54,9 | 73,8 | 74,1 |
| Erdölpreis              | Euro/Barrel                                                            | 48,6 | 62,0 | 63,2 |

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Lohninflation ist zuletzt gestiegen: Die tariflich vereinbarten Stundenlöhne ohne Sonderzahlungen stiegen im ersten Vierteljahr 2018 um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Noch stärker spiegelt sich die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt in den tariflichen Sonderzahlungen – die tariflich vereinbarten Stundenlöhne einschließlich Sonderzahlungen stiegen um 2,5 Prozent – und in den Effektivlöhnen wider. Diese tatsächlich gezahlten Stundenlöhne nahmen um 2,7 Prozent zu; hierbei schlägt sich aber zum Teil die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur hin zu höher qualifizierten Tätigkeiten nieder.

Auch im Prognosezeitraum dürften die Löhne spürbar steigen. Bereits verhandelte Tarifabschlüsse, beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie, dem öffentlichen Dienst sowie dem Bauhauptgewerbe, lassen auf höhere Tariflohnzuwächse schließen. Außerdem dürften die außertariflichen

über den tariflichen Lohnsteigerungen liegen (Kasten 1). Hier machen sich in erster Linie die zunehmenden Knappheiten am Arbeitsmarkt bemerkbar. Hinzu kommt die Anhebung des Mindestlohns zum Jahresbeginn 2019. Aufgrund des kräftigen Lohnzuwachses zum Jahresauftakt 2018 liegen die Steigerungen der Bruttostundenlöhne in diesem Jahr leicht über denen des kommenden Jahres.

### Privater Konsum: angekurbelt von Arbeitsmarkt und Abgabentlastungen

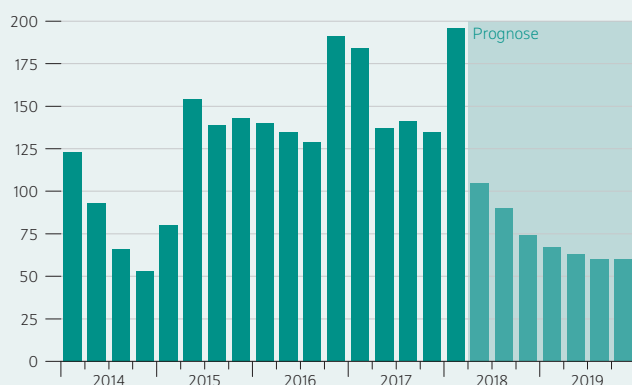
Der private Verbrauch ist weiter eine Triebfeder der deutschen Konjunktur. Zwar dürfte der Konsum im zweiten Quartal nur verhalten expandieren (vgl. Kasten 2), dies dürfte aber vor allem an der vorübergehend höheren Teuerung liegen – sowohl die Ölpreisanstiege als auch die Euro-Abwertung schwächen die Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die gute Lage am Arbeitsmarkt dagegen schiebt die Einkommen der Haushalte an, wenngleich sich der Beschäftigungsaufbau etwas verlangsamt. Angesichts kräftiger Lohnsteigerungen übertrifft das Plus bei der Lohnsumme aber den überdurchschnittlichen Zuwachs vom vergangenen Jahr. Und bereits in diesem Jahr steigen die Nettolöhne trotz Steuerprogression in etwa mit der gleichen Rate wie die Bruttolöhne, weil der Beitragssatz zur Rentenversicherung sowie der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung leicht sinken. Zudem kommt es zu leichten Entlastungen bei der Einkommensteuer.

Im kommenden Jahr werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung deutlich entlastet, so dass der Anstieg der Lohneinkommen in Nettobetrachtung den Zuwachs der Bruttolöhne deutlich übersteigt. Da die Sozialleistungen insbesondere aufgrund der rentenpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung beschleunigt zulegen dürften, ziehen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar an: Sie steigen im Jahr 2019 um 3,7 Prozent, nach 3,2 Prozent in diesem Jahr. Ein geringer

Abbildung 5

### Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber dem Vorquartal



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich gedämpft fort.

## Kasten 1

**Zur Schätzung der Lohndrift**

Als Lohndrift wird die Differenz zwischen der Veränderungsrate der Bruttolöhne und der der tariflich vereinbarten Lohnabschlüsse bezeichnet. Sie kann als ein Indikator für die Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt herangezogen werden: Bei guter konjunktureller Lage können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höhere Bonuszahlungen und außertarifliche Bezahlungen durchsetzen, so dass die Drift positiv mit dem Konjunkturzyklus korreliert ist.

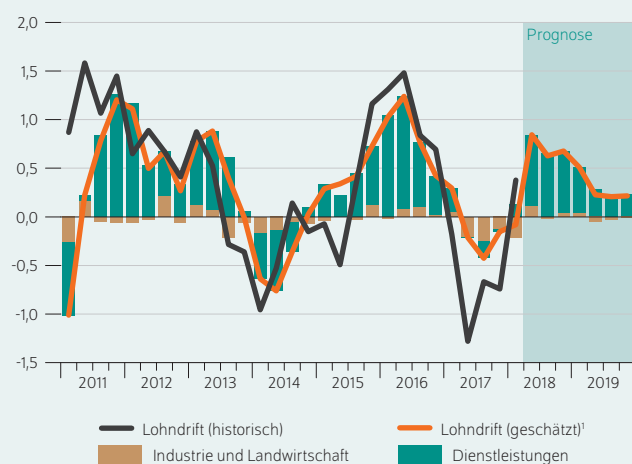
Zur Prognose auf vierteljährlicher Frequenz wird ein ökonometrischer Modellansatz verwendet, der zunächst die historischen Zusammenhänge zwischen der Lohndrift und verschiedenen Maßen des Auslastungsgrades der Wirtschaft, etwa der Trendabweichung von Beschäftigung, Wertschöpfung oder Produktivität, als erklärenden Variablen schätzt. Anhand dieser geschätzten Zusammenhänge kann die Lohndrift für den Prognosezeitraum konsistent mit den prognostizierten unabhängigen Variablen fortgeschrieben und auf jährliche Frequenz gebracht werden.

Die Schätzung ergibt für die Gesamtwirtschaft eine Lohndrift von 0,5 Prozentpunkten für das laufende Jahr und von 0,3 Prozent für das kommende Jahr. Die positive Lohndrift spiegelt einerseits wider, dass die Beschäftigung in beiden Jahren nochmals deutlich ansteigt, andererseits, dass die Produktivität spürbar stärker als im langfristigen Trend zulegt. Unter der Annahme, dass die Tariflöhne pro Stunde in beiden Jahren des Prognosezeitraums um 2,6 Prozent zulegen (vgl. Tabelle 4), ergibt sich in diesem Jahr ein Zuwachs der Bruttolöhne pro Stunde um 3,2 Prozent, im kommenden Jahr um 2,9 Prozent.

Die zur Verfügung stehenden Datensätze ermöglichen darüber hinaus eine differenzierte Betrachtung einzelner Wirtschaftssektoren (Abbildung). Hier zeigt sich, dass die Lohndrift der Industrie in

beiden Jahren des Prognosezeitraums niedriger ausfällt, als in der Gesamtwirtschaft. Demgegenüber sind die Zuwächse bei Dienstleistungen (und insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen und bei den Unternehmensdienstleistern) überdurchschnittlich hoch und Ausdruck des starken Wachstums dieser Branchen.

Abbildung

**Lohndrift pro Stunde  
In Prozentpunkten**

1 Die geschätzte Lohndrift errechnet sich anhand der mit der jeweiligen Zahl von ArbeitnehmerInnen gewichteten Summe aus Schätzwerten von Modellen für zwölf Wirtschaftssektoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Lohndrift der Gesamtwirtschaft dürfte in beiden Jahren des Prognosezeitraums positiv ausfallen.

Anstieg der Sparquote dämpft für sich genommen den Konsum vorübergehend: Einen Teil des Einkommensschubes im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag dürfen die Haushalte erst nach und nach ausgeben. Bei anhaltend moderater Teuerung bei Gütern und Dienstleistungen nimmt der reale private Konsum in beiden Jahren des Prognosezeitraums merklich zu.

**Ausrüstungen: Die Luft ist raus**

Nachdem die Unternehmen im vergangenen Jahr kräftig in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge investierten, wurde die Investitionsdynamik zu Jahresauftakt deutlich schwächer. Lediglich umfangreiche Anschaffungen der öffentlichen Hand haben für eine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen gesorgt – die Unternehmen hingegen hielten sich zurück. Zwar sind die Rahmenbedingungen in mancherlei Hinsicht weiter vorteilhaft: Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ist, trotz der Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos zum Jahresauftakt,

nach wie vor weit überdurchschnittlich. Auch der angekündigte Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus dem Anleihekaufprogramm hat sich bislang nicht in substanziell höheren Zinsen für Unternehmenskredite niedergeschlagen. Die gestiegene Unsicherheit über Handelsbeschränkungen mit den USA und zuletzt die Sorge über ein Wiederaufflammen der Eurokrise dürften die Investitionen aber merklich bremsen. Die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller gingen zuletzt deutlich zurück. Besonders ausgeprägt war dies im Fahrzeugbau; hier dürften allerdings auch Probleme mit der Erfüllung von Abgasnormen und dem Nachweis über die Einhaltung der Grenzwerte nach Euronorm 7 eine Rolle spielen. Auch im zweiten Quartal ist daher nur mit einer niedrigen Investitionstätigkeit zu rechnen. Ab der zweiten Jahreshälfte, wenn auch die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder etwas an Fahrt gewinnt, dürfte zwar die Investitionstätigkeit der Unternehmen reger werden, allerdings nicht an das hohe Tempo des vergangenen Jahres anknüpfen. Ab dem Jahreswechsel dürften die von der Großen Koalition vereinbarten zusätzlichen Ausgaben die Investitionstätigkeit etwas anregen.

## Bauinvestitionen: starker Jahresauftakt, ruhigerer Ausblick

Die Bauinvestitionen entwickelten sich zu Jahresbeginn äußerst kräftig. Gerade im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau machte sich der große Sprung bei den Aufträgen zum Jahresende 2017 bemerkbar und sorgte vorübergehend für äußerst geschäftiges Treiben auf den Baustellen. Auch das zweite Quartal dürfte erneut kräftig ausfallen (Kasten 2). Dies gilt insbesondere für den Wohnungsbau und den gewerblichen Bau. Die Auftragsbestände sind hoch, der Bedarf an neuen Wohnungen weiterhin groß und die Zinsen niedrig. Eine Beschleunigung ist aber nicht zu erwarten; bereits seit geraumer Zeit stagniert die Zahl der genehmigten Neubauvorhaben. Die gewerblichen Auftraggeber werden angesichts ausgelasteter Kapazitäten und niedriger Finanzierungskosten zusätzlich in ihre Gebäude investieren. Dies trifft auch auf die öffentliche Hand zu, die erheblich mehr freie Mittel hat als in den Vorjahren (Tabelle 5).

Deutlich beschleunigt hat sich der Preisauftrieb. Erwartet wird, dass die Preise für Wohnungsbauleistungen in diesem Jahr um rund 4,2 Prozent steigen, für gewerbliche Bauten um 4,3 Prozent und für die öffentliche Hand um kräftige 4,9 Prozent. Gründe dafür sind neben Kapazitätsengpässen steigende Rohstoffpreise und die hohen Lohnabschlüsse.

## Außenhandel: Aussichten trüben sich ein

Zu Jahresbeginn 2018 verringerten sich sowohl die Exporte als auch die Importe spürbar. Dabei war die Warenausfuhr in alle Regionen – mit Ausnahme des Euroraums sowie der Gruppe der europäischen Länder außerhalb der Europäischen Union – rückläufig. Die ausländische Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern und Kraftfahrzeugen war spürbar geringer, obwohl die Abwertung des effektiven Wechselkurses des Euro für sich genommen die Kaufkraft der ausländischen Abnehmer erhöhte. Bei den Importen sind die deutlichen Zuwächse von Energieimporten sowie von Einfuhren aus den OPEC-Staaten im ersten Vierteljahr 2018 wohl Ausdruck der zuletzt stark gestiegenen Preise für Energieträger.

Im zweiten Quartal 2018 dürften die Ausfuhren zwar wieder steigen, jedoch ein gemächlicheres Tempo einschlagen als noch im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres; darauf deuten auch die Indikatoren hin (Kasten 2). In der zweiten Jahreshälfte 2018 dürfte die Auslandsnachfrage, die mit deutschen Exportanteilen gewichtete Importnachfrage der wichtigsten Handelspartner, aufgrund der sich abkühlenden Konjunktur auf den deutschen Absatzmärkten eine gemächlichere Gangart einschlagen als zuletzt. Hier schlägt der hohe Anteil von Investitionsgüterexporten an den deutschen Gesamtexporten zu Buche, deren Nachfrage bei erhöhter Unsicherheit überproportional stark eingeschränkt wird. Entsprechend wird sich auch das Expansionstempo der Ausfuhren verlangsamen. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausfuhren dann wohl mit in etwa gleichbleibenden

Tabelle 5

### Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

|                          | 2017               | 2015                                | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|--------------------------|--------------------|-------------------------------------|------|------|------|------|
|                          | Anteile in Prozent | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr |      |      |      |      |
| Wohnungsbau              | 60,8               | -0,7                                | 4,0  | 2,8  | 3,4  | 2,7  |
| Nichtwohnungsbau         | 39,2               | -2,5                                | 0,8  | 2,7  | 3,4  | 2,5  |
| Gewerblicher Bau         | 27,7               | 0,0                                 | 0,0  | 3,0  | 4,1  | 2,6  |
| Öffentlicher Bau         | 11,8               | -0,8                                | 2,7  | 2,0  | 1,8  | 2,3  |
| Bauinvestitionen         | 100,0              | -1,4                                | 2,7  | 2,8  | 3,4  | 2,6  |
| Ausrüstungsinvestitionen |                    | 3,9                                 | 2,2  | 4,0  | 3,2  | 3,4  |

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Raten zulegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich im kommenden Jahr und wirkt einer deutlicheren Verlangsamung der Ausfuhren entgegen.

Die Einfuhren dürften im zweiten Quartal mit einer etwas höheren Zuwachsrate als die Ausfuhren steigen. Im weiteren Jahresverlauf dürften sie dann etwas kräftiger zulegen, auch weil die Exporte und der private Konsum ein wenig dynamischer expandieren. Zu Jahresbeginn 2019 werden vom privaten Konsum aber auch den Ausrüstungsinvestitionen zusätzliche Impulse ausgehen; die Zuwachsraten der Importe dürften im Verlauf des kommenden Jahres über denen der Exporte liegen.

Die Ausfuhrpreise stiegen im ersten Quartal 2018 moderat, während die Preise für Einfuhren deutlicher anzogen, was zusammengenommen zu einer Verschlechterung der Terms of Trade führte. Auch für das zweite Vierteljahr ist in den monatlichen Außenhandelspreisindizes eine weitere Verschlechterung der Terms of Trade angelegt. Diese dürfte maßgeblich von der starken Abwertung des Euro, welche für sich genommen vor allem Importpreisanstiege nach sich zieht, bestimmt sein. Im weiteren Prognoseverlauf laufen diese Effekte nach und nach aus, sodass die Terms of Trade im kommenden Jahr wohl in etwa neutral ausfallen.

Die Erhöhung von Einfuhrzöllen der Vereinigten Staaten auf Stahl- und Aluminiumimporte dürfte nur geringe Auswirkungen<sup>5</sup> auf den deutschen Außenhandel haben, auch weil die Ausfuhren beider Warengruppen zusammengenommen nur rund 0,1 Prozent der deutschen Gesamtausfuhren ausmachen. Auch die in die Wege geleiteten Retorsionszölle der Europäischen Union dürften in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht keine nennenswerten Auswirkungen haben, auch wenn die Preise für die wenigen betroffenen Produkte spürbar steigen dürften. Sollte sich der Handelskonflikt weiter verschärfen, etwa durch die Ausweitung der US-Einfuhrzölle

<sup>5</sup> Zu den möglichen Wirkungskanälen einer Einführung von Importzöllen siehe Fichtner et al. (2018), a. a. O.

## Kasten 2

## Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb für die sehr kurze Frist auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.<sup>1</sup>

Die Modellergebnisse für das **Bruttoinlandsprodukt** legen nahe, dass der Zuwachs im zweiten Vierteljahr höher ausgefallen ist als im Auftaktquartal: Sie signalisieren Raten zwischen knapp 0,4 und 0,5 Prozent, die im Einklang mit den immer noch hohen Auftragsbeständen stehen.

Für den **privaten Verbrauch** dagegen legen die Modelle – trotz weiter steigender Lohneinkommen – eine allenfalls verhaltene Aufwärtsbewegung nahe: Das Model-Averaging signalisiert einen Zuwachs von nur gut 0,1 Prozent, das Faktormodell sogar eine Stagnation. Für die Prognose wird – angesichts wieder kräftig aufwärtsgerichteter Einzelhandelsumsätze – von einem geringfügig höheren Zuwachs ausgegangen. Die Ursache für die kleine Delle beim Konsum sind wohl die vorübergehend höheren Teuerungsraten.

Die **Exporte** profitieren noch von hohen Auftragsbeständen und expandieren verhalten. Der ifo Auftragsbestand der exportieren-

den Unternehmen verharrte im Durchschnitt der Monate April und Mai gegenüber dem Vorquartal das dritte Quartal in Folge auf hohem Niveau. Demgegenüber sanken die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) aus dem Ausland zuletzt leicht. Auch die Wareneinfuhr in Abgrenzung des preisbereinigten Spezialhandels deutet vorerst auf geringe Zuwächse der Ausfuhren hin. Gegen einen kräftigen Zuwachs der Exporte spricht darüber hinaus, dass sich die ifo Exporterwartungen im Mai 2018 eintrübten. Ebenfalls weiterhin rückläufig waren die monatlichen Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe (ohne Großaufträge).

Die **Importe** dürften im zweiten Quartal etwas kräftiger als die Exporte ausgeweitet werden. Die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels verzeichnete im April einen Zuwachs gegenüber dem Durchschnitt des ersten Quartals. Zudem verblieb auch das Konsumentenvertrauen zuletzt in etwa auf dem erreichten, außergewöhnlich hohen Niveau. Dies spricht für eine Ausweitung der Importe, da Konsumgüter einen hohen Importgehalt aufweisen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** entwickeln sich schwach: Am aktuellen Rand sind die Inlandsumsätze der Hersteller von Maschinen und von elektronischen Ausrüstungen leicht gesunken, die Verkäufe neuer Fahrzeuge sind stagniert. Die Bestellungen aus dem Inland zeigen eine deutliche Einschränkung der Neuanschaffungen von Kraftfahrzeugen an und auch bei Maschinen waren sie rückläufig. Dies spiegelt sich in den Geschäftsaussichten der Investitionsgüterhersteller wider – diese haben sich weiter deutlich eingetrübt.

Die **Bauinvestitionen** bleiben kräftig. Zwar ist die Zahl neuer Aufträge deutlich gesunken, allerdings deuten der hohe Auftragsbestand und die Produktionszahlen auf eine starke Expansion hin. Die Stimmung in den Unternehmen ist weiterhin gut, sodass im weiteren Verlauf mit einer neuerlichen Belebung der Bauaktivitäten gerechnet werden kann.

<sup>1</sup> Für eine Erläuterung, vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 475–485 (online verfügbar).

auf Autos, ist hingegen mit Produktionsausfällen von mehreren Milliarden Euro zu rechnen.<sup>6</sup>

## Öffentliche Finanzen: Überschüsse auf Rekordhoch

Die öffentlichen Finanzen weisen seit dem Jahr 2014 stetig steigende Überschüsse aus. Im Jahr 2017 wurde ein gesamtstaatlicher Budgetsaldo von 38,2 Mrd. Euro (bzw. 1,2 Prozent

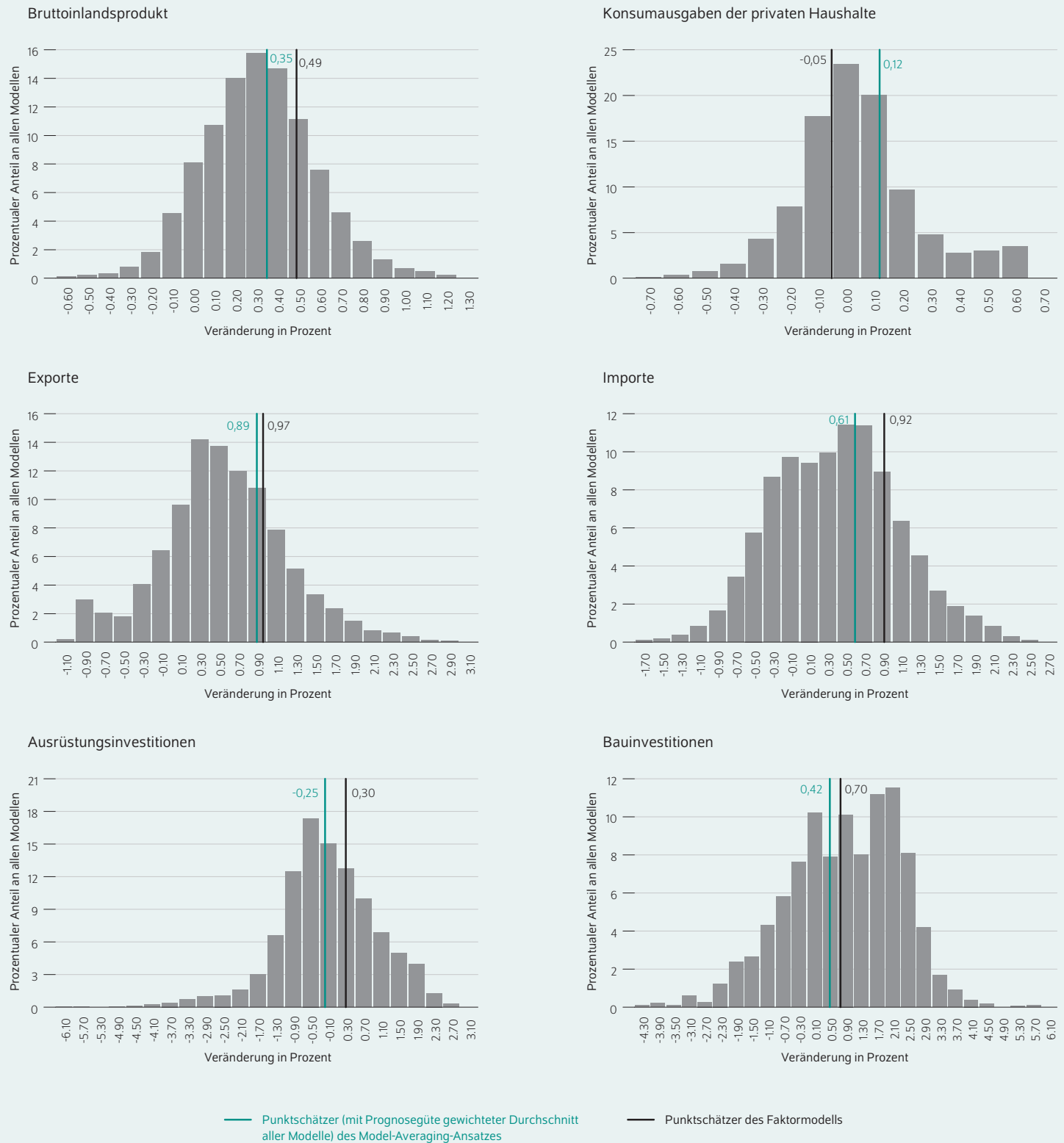
im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) erreicht. Im laufenden Jahr dürfte sich dieser Überschuss noch einmal erhöhen.

Die Einnahmequote insgesamt bleibt in etwa konstant, wenngleich verschiedene Maßnahmen (Tabelle 7) die Einnahmen dämpfen: In beiden Jahren werden der Grund- und die Kinderfreibeträge angehoben; im kommenden Jahr werden zudem die Tarifeckwerte verschoben, um Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression zurückzugeben. Gleichwohl steigen die Steuereinnahmen weiter an – bedingt durch die Progression sowie kräftige Lohnsteigerungen. Zudem sinken einige Beitragssätze zur Sozialversicherung – im laufenden Jahr bei der gesetzlichen Rentenversicherung

<sup>6</sup> Nach Berechnungen des ifo-Instituts würde die Einführung zusätzlicher unilateraler US-Einfuhrzölle auf Autos in Höhe von 25 Prozent eine Reduktion der deutschen Wirtschaftsleistung um rund fünf Milliarden Euro nach sich ziehen. ifo Institut (2018): US-Autozölle würden Deutschland fünf Milliarden Euro kosten. Pressemitteilung vom 23. Mai 2018 (online verfügbar).

Abbildung

## Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

Tabelle 6

**Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>1</sup> 1991 bis 2019**

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

|       | Staatseinnahmen |           |                | Staatsausgaben |              |                          | Finanzierungs-<br>saldo | Nachrichtlich:<br>Zinssteuerquote² |
|-------|-----------------|-----------|----------------|----------------|--------------|--------------------------|-------------------------|------------------------------------|
|       | Insgesamt       | darunter: |                | Insgesamt      | darunter:    |                          |                         |                                    |
|       |                 | Steuern   | Sozialbeiträge |                | Zinsausgaben | Brutto-<br>investitionen |                         |                                    |
| 1991  | 43,2            | 22,0      | 16,3           | 46,4           | 2,6          | 3,1                      | -3,2                    | 11,9                               |
| 1992  | 44,6            | 22,4      | 16,7           | 47,2           | 3,1          | 3,3                      | -2,6                    | 13,7                               |
| 1993  | 44,9            | 22,3      | 17,2           | 48,0           | 3,1          | 3,1                      | -3,1                    | 14,0                               |
| 1994  | 45,4            | 22,4      | 17,7           | 47,9           | 3,2          | 2,9                      | -2,5                    | 14,5                               |
| 1995³ | 45,2            | 22,0      | 18,1           | 48,2           | 3,4          | 2,6                      | -3,0                    | 15,6                               |
| 1996  | 45,4            | 21,8      | 18,7           | 48,9           | 3,4          | 2,5                      | -3,5                    | 15,6                               |
| 1997  | 45,1            | 21,5      | 19,0           | 48,1           | 3,3          | 2,3                      | -2,9                    | 15,5                               |
| 1998  | 45,2            | 21,9      | 18,7           | 47,7           | 3,3          | 2,3                      | -2,5                    | 15,1                               |
| 1999  | 46,0            | 22,9      | 18,5           | 47,7           | 3,0          | 2,3                      | -1,7                    | 13,3                               |
| 2000⁴ | 45,6            | 23,2      | 18,1           | 47,1           | 3,1          | 2,3                      | -1,5                    | 13,5                               |
| 2001  | 43,8            | 21,4      | 17,8           | 46,9           | 3,0          | 2,3                      | -3,1                    | 14,0                               |
| 2002  | 43,3            | 21,0      | 17,8           | 47,3           | 2,9          | 2,2                      | -3,9                    | 14,1                               |
| 2003  | 43,6            | 21,1      | 18,0           | 47,8           | 2,9          | 2,1                      | -4,2                    | 13,8                               |
| 2004  | 42,6            | 20,6      | 17,6           | 46,3           | 2,8          | 1,9                      | -3,7                    | 13,5                               |
| 2005  | 42,8            | 20,8      | 17,4           | 46,2           | 2,7          | 1,9                      | -3,4                    | 13,2                               |
| 2006  | 43,0            | 21,6      | 16,9           | 44,7           | 2,7          | 2,0                      | -1,7                    | 12,5                               |
| 2007  | 43,0            | 22,4      | 16,1           | 42,8           | 2,7          | 1,9                      | 0,2                     | 11,9                               |
| 2008  | 43,4            | 22,7      | 16,1           | 43,6           | 2,7          | 2,1                      | -0,2                    | 11,8                               |
| 2009  | 44,3            | 22,4      | 16,9           | 47,6           | 2,6          | 2,4                      | -3,2                    | 11,8                               |
| 2010⁵ | 43,0            | 21,4      | 16,5           | 47,4           | 2,5          | 2,3                      | -4,4                    | 11,6                               |
| 2011  | 43,8            | 22,0      | 16,4           | 44,7           | 2,5          | 2,3                      | -1,0                    | 11,4                               |
| 2012  | 44,3            | 22,5      | 16,5           | 44,3           | 2,3          | 2,2                      | 0,0                     | 10,2                               |
| 2013  | 44,5            | 22,9      | 16,5           | 44,7           | 2,0          | 2,1                      | -0,1                    | 8,6                                |
| 2014  | 44,6            | 22,8      | 16,4           | 44,1           | 1,5          | 2,0                      | 0,5                     | 6,8                                |
| 2015  | 44,5            | 22,9      | 16,5           | 43,7           | 1,3          | 2,1                      | 0,8                     | 5,8                                |
| 2016  | 45,0            | 23,3      | 16,7           | 44,0           | 1,1          | 2,1                      | 1,0                     | 4,8                                |
| 2017  | 45,1            | 23,5      | 16,8           | 44,0           | 1,0          | 2,2                      | 1,2                     | 4,4                                |
| 2018  | 45,2            | 23,6      | 16,8           | 43,8           | 0,9          | 2,2                      | 1,5                     | 4,0                                |
| 2019  | 45,2            | 23,7      | 16,8           | 43,9           | 0,9          | 2,2                      | 1,3                     | 3,7                                |

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.<sup>2</sup> Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.<sup>3</sup> Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Milliarden Euro).<sup>4</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

sowie die Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenkassen – und die Insolvenzgeldumlage. Im kommenden Jahr werden die Maßnahmen des Koalitionsvertrags spürbar, insbesondere der sinkende Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung.<sup>7</sup> Die staatlichen Vermögenseinkommen werden ebenfalls zulegen, auch weil der zufließende Bundesbankgewinn mit 1,9 beziehungsweise 2,5 Milliarden Euro höher ausfallen dürfte als im Jahr 2017.

Die staatlichen Ausgaben werden im laufenden Jahr nur moderat steigen, bevor im kommenden Jahr die expansiven Maßnahmen der neuen Bundesregierung zu einer stärkeren Ausgabendynamik beitragen. Die Vorleistungskäufe sind zum Jahresauftakt leicht gesunken (saisonbereinigt -0,5 Prozent

gegenüber Vorquartal), wohl in Folge der vorläufigen Haushaltsführung vor der Koalitionsbildung; für den weiteren Verlauf werden deutlich höhere Wachstumsraten erwartet, auch weil einige investive Maßnahmen der neuen Bundesregierung im Bereich der Vorleistungen verbucht werden dürften. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates werden vor allem aufgrund der aktuellen Tarifiergebnisse vergleichsweise stark expandieren. Die monetären Sozialleistungen werden in Folge der Rentenanpassungen zur Jahresmitte ebenfalls anziehen. Hinzu kommen ab Anfang nächsten Jahres die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Rentenversicherung (Erhöhung der Mütterrente und Einführung einer Erwerbsminderungsrente), sowie die Erhöhung des Kindergelds. Bei den Zinsausgaben bleibt der Abwärtstrend erhalten. Für beide Jahre wird mit einem Rückgang um rund 0,1 Prozentpunkte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gerechnet. Die Bruttoinvestitionen des Staates werden sich nur moderat erhöhen. Zwar

<sup>7</sup> Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung entlastet die Beschäftigten um gut sechs Milliarden Euro, ist für den Staat aber einnahmeneutral.

Tabelle 7

**Finanzpolitische Maßnahmen<sup>1</sup>**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2017

|                                                                                                                      | 2018  | 2019  |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-------|
| Alterseinkünftegesetz                                                                                                | –1,3  | –2,7  |
| Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018                | –3,7  | –4,0  |
| Ausweitung der Mautstrecken und LKW-Klassen ab dem 1. Juli 2018                                                      | +0,8  | +1,7  |
| Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen                                                                       | –2,3  | –2,7  |
| Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte               | –1,3  | –1,3  |
| Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2018 | –0,7  | –0,8  |
| Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte                                             | –0,3  | –0,3  |
| Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung                                                                    | –1,1  | –1,2  |
| Rentenpolitische Maßnahmen                                                                                           | –0,2  | –0,8  |
| <b>Maßnahmen der neuen Bundesregierung</b>                                                                           |       |       |
| Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags                                                                            |       | –1,8  |
| Abbau der kalten Progression                                                                                         |       | –1,0  |
| Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 um 10 Euro                                                                |       | –0,8  |
| Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.2019 um 0,3 Prozentpunkte                            |       | –3,4  |
| Paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (per Saldo)                              |       | –0,4  |
| Aufstockung investiver Maßnahmen                                                                                     | –0,6  | –4,0  |
| Erwerbsminderungsrente zum 1. Januar 2019                                                                            |       | –1,2  |
| Aufstockung der Mütterrente zum 1. Januar 2019                                                                       |       | –3,5  |
| Erhöhung anderer sozialer Leistungen                                                                                 | –0,3  | –0,7  |
| <b>Insgesamt</b>                                                                                                     | –11,0 | –28,9 |
| <b>in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent</b>                                                     | –0,3  | –0,8  |

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

Quellen: Bundesregierung; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

wirken im Prognosezeitraum verschiedene investive Maßnahmen; diese dürften aber wohl vor allem im Bereich der Vorleistungskäufe realisiert werden. Die sonstigen laufenden Transfers werden wohl aufgrund deutlich höherer EU-Beiträge steigen. Bei den geleisteten Vermögenstransfers fällt ein Einmaleffekt aus dem Jahr 2017 weg (Rückbuchung der Kernbrennstoffsteuer von ca. sieben Milliarden Euro), im Zusammenhang mit dem Verkauf der HSH Nordbank kommt es dagegen in diesem Jahr zu einer Defizitwirkung von knapp sechs Milliarden Euro. Im Vergleich sind die Ausgaben im Jahr 2019 dann deutlich niedriger.

Der Überschuss in den öffentlichen Haushalten wird in diesem Jahr mit knapp 50 Milliarden Euro sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (1,5 Prozent) ein Rekordhoch erreichen (Tabelle 6). Im kommenden Jahr wird er im Zuge der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung leicht zurückgehen (auf 46 Milliarden Euro bzw. 1,3 Prozent). Konjunkturbereinigt liegt der Budgetsaldo bei 1,1 beziehungsweise 1,0 Prozent. Die Schuldenquote sinkt bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 58 Prozent, unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent.

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Christian Breuer** ist Junior-Professor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | [christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de](mailto:christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de)

**Simon Junker** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sjunker@diw.de](mailto:sjunker@diw.de)

**Claus Michelsen** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**Thore Schlaak** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [tschlaak@diw.de](mailto:tschlaak@diw.de)

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2018:

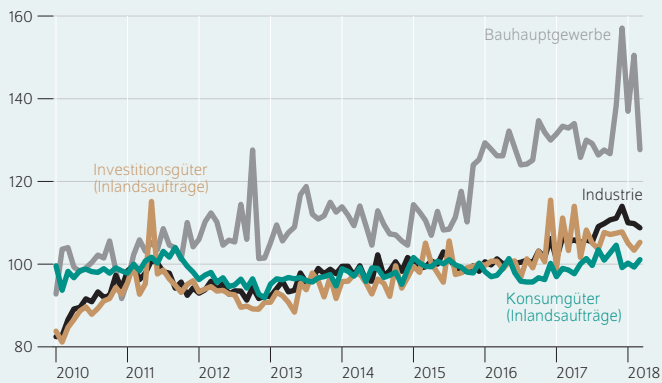
[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)

Abbildung 6

## Konjunkturindikatoren Deutschland

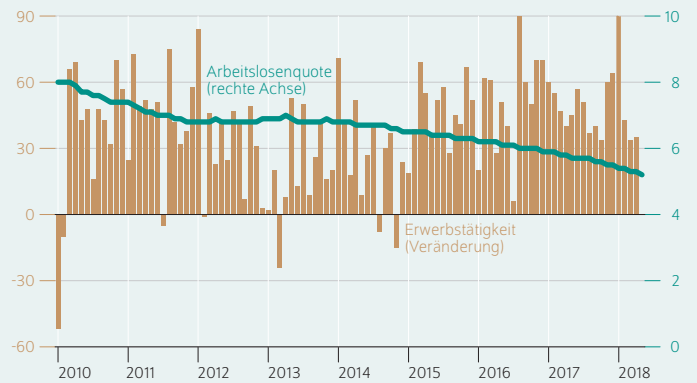
### 1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



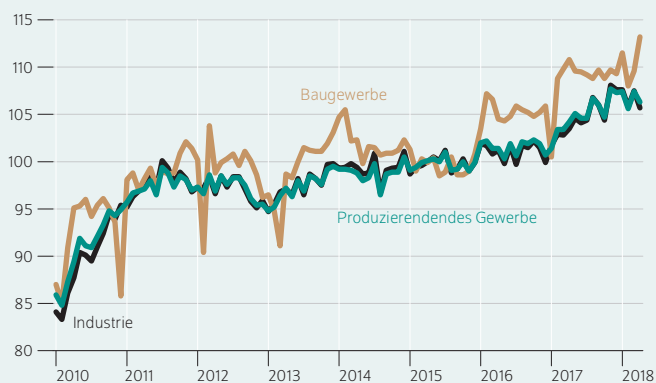
### 2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



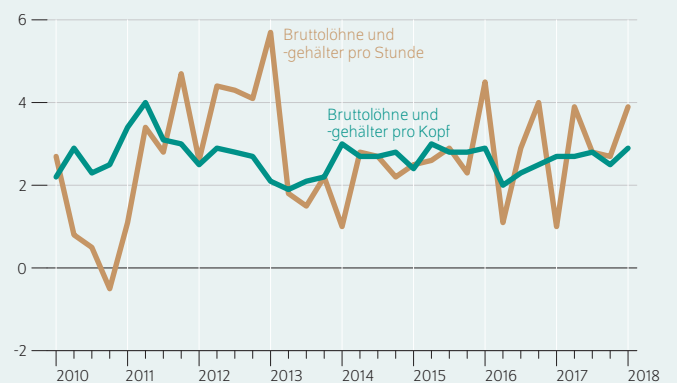
### 3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



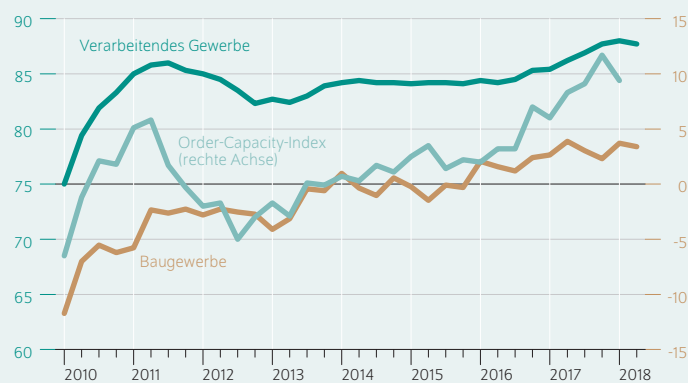
### 4. Löhne

Veränderung in Prozent



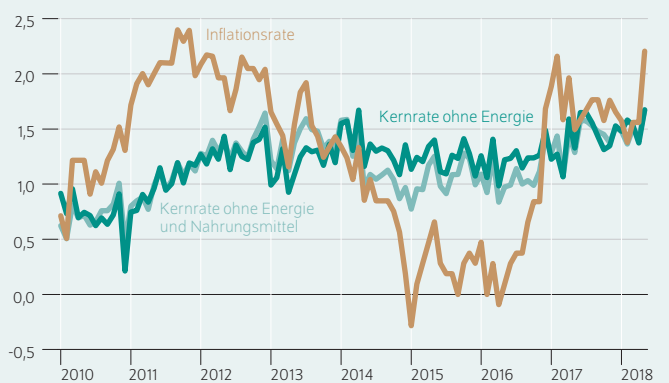
### 5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



### 6. Preisentwicklung

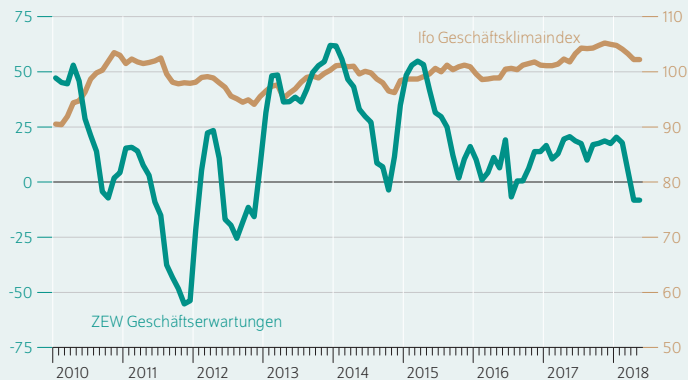
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut, Deutsche Bundesbank.

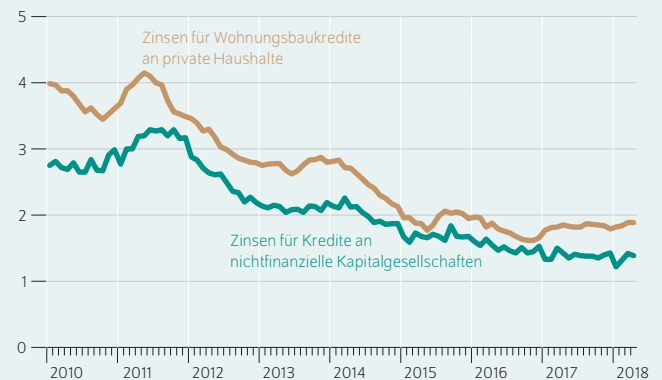
## 7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



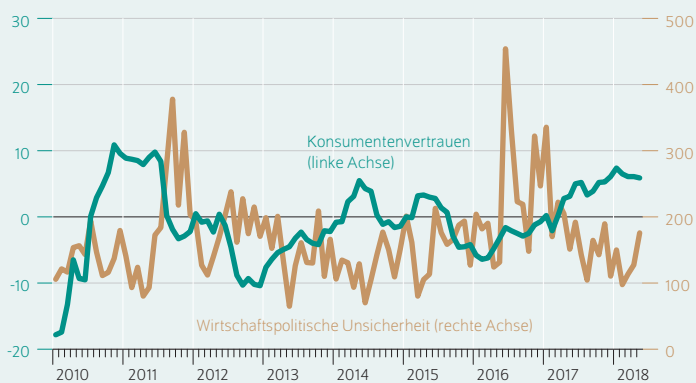
## 8. Zinsen

In Prozent



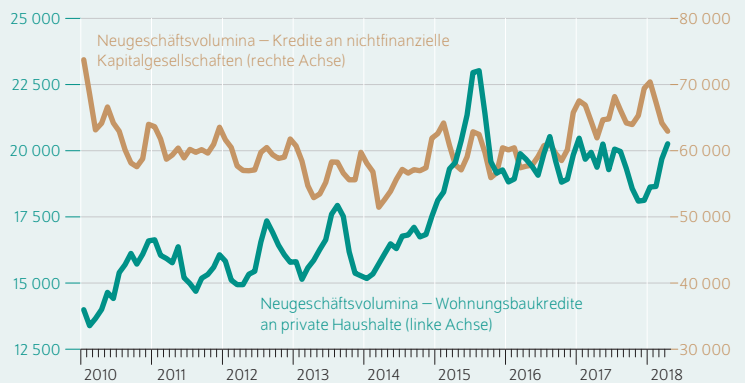
## 9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



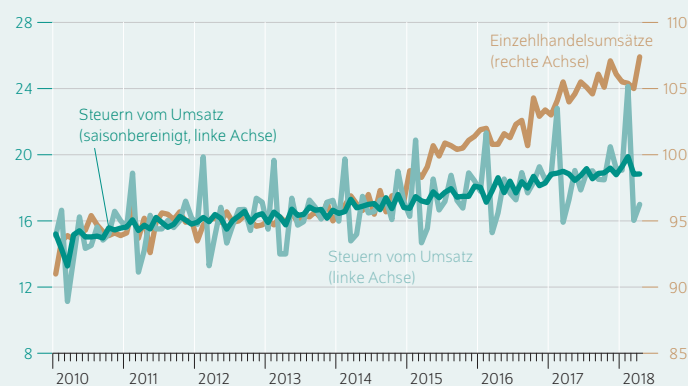
## 10. Kredite – Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



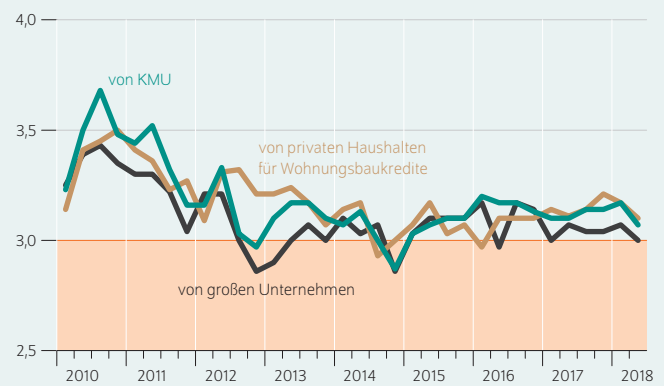
## 11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



## 12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



Quellen: (1) ifo Institut, ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat, Economic Policy Uncertainty; (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut, Deutsche Bundesbank.



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung  
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

## INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

# „Der deutsche Aufschwung flacht etwas ab“

1. **Herr Fichtner, die deutsche Wirtschaft ist unerwartet schwach ins Jahr gestartet. War das ein Warnzeichen für die Konjunktur?** Hinter dem schwachen Jahresauftakt der deutschen Wirtschaft stehen nach unserer Einschätzung vor allem temporäre Faktoren, sodass sich jetzt zur Jahresmitte das Wachstum wohl wieder etwas beschleunigen wird. Trotzdem ist auf die etwas längere Sicht die ganz kräftige Expansion, die wir noch im vergangenen Jahr gesehen haben, wahrscheinlich vorbei. Der Aufschwung flacht etwas ab.
2. **Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?** Wir prognostizieren für dieses Jahr eine Wachstumsrate von 1,9 Prozent und für kommendes Jahr noch mal etwas weniger, 1,7 Prozent. Insgesamt sind das immer noch ganz solide Raten, die aber insbesondere durch das sich etwas eintrübende weltwirtschaftliche Umfeld geprägt sind.
3. **Worauf stützt sich das Wachstum?** Das Wachstum wird in erster Linie durch die binnenwirtschaftliche Entwicklung und da insbesondere durch den privaten Verbrauch getragen. Das wiederum geht zurück auf die ausgesprochen günstige Situation am Arbeitsmarkt und die zunehmend kräftige Lohnentwicklung, sodass die Menschen einfach mehr Geld in der Tasche haben und das auch durchaus bereitwillig für den Konsum ausgeben.
4. **Dabei müsste auch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu Gute kommen.** Tatsächlich trägt neben der günstigen Arbeitsmarktentwicklung auch die Finanzpolitik zur kräftigen Expansion des Konsums bei. Im Koalitionsvertrag sind einige substanzielle Entlastungen der privaten Haushalte angelegt. Teilweise werden auch Ausgaben der öffentlichen Hand ausgeweitet. Es gibt kleinere Investitionsprogramme, und es gibt relativ spürbare Entlastungen bei den Steuern und Abgaben. Das alles stützt den privaten Konsum und die Konjunktur als Ganzes.

5. **Die Energiepreise steigen momentan. Welche Auswirkungen hat das auf die Verbraucherpreise und die Inflation?** Wegen der stark gestiegenen Energiepreise fällt dieses Jahr, wie schon im vergangenen Jahr, die Inflationsrate etwas höher aus. Wir landen deswegen bei einer Inflationsrate von knapp zwei Prozent, in der Größenordnung des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank. Durch steigende Energiepreise, wird die Konsumnachfrage etwas gedämpft, weil die Haushalte etwas mehr Geld an der Tankstelle und für das Heizen ausgeben müssen. Aber der Konsum bleibt eine sehr robuste Stütze des Wachstums.
6. **Die USA haben Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte der EU eingeführt. Wie stark belastet das die deutsche Wirtschaft?** Die Zölle auf Stahl und Aluminium selbst sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht relevant. Problematisch wäre es, wenn sich der Konflikt ausweitete auf andere Wirtschaftsbereiche wie etwa die Automobilbranche. Dann sind wir sehr schnell in dem Bereich, wo es zu Produktionsausfällen von mehreren Milliarden Euro kommt, die dann auch das Wachstum um mehrere Zehntel-Prozentpunkte beeinträchtigen könnten.
7. **Welche konjunkturellen Auswirkungen bringt die chaotische Lage in Italien mit sich?** Die politische Situation in Italien ist neben den Konflikten um die US-Handelspolitik sicherlich das gravierendste Risiko für die Konjunktur in Deutschland. Sie stellt jetzt schon eine Beeinträchtigung für die deutsche Konjunktur dar, da sie bereits jetzt die Investitionen dämpfen dürfte, weil bei den Unternehmen die Sorgen um den Fortbestand der Währungsunion gestiegen sind. Sollte es die neue italienische Regierung zu einer Eskalation des Konflikts um die Rückzahlung der öffentlichen Verschuldung kommen lassen, ist sicherlich von ganz erheblichen negativen Auswirkungen auf den Finanzmärkten und für die deutsche Konjunktur auszugehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

## VGR-TABELLEN

### Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

|                                                         | 2017    | 2018    | 2019    | 2017        |             | 2018        |             | 2019        |             |
|---------------------------------------------------------|---------|---------|---------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                                                         |         |         |         | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr |
| 1. Entstehung des Inlandsprodukts                       |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr            |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Erwerbstätige                                           | 1,5     | 1,2     | 0,6     | 1,5         | 1,4         | 1,3         | 1,1         | 0,7         | 0,6         |
| Arbeitszeit, arbeitstäglich                             | 1,0     | 0,0     | 0,1     | 0,0         | 2,0         | 0,0         | -0,1        | 0,7         | -0,4        |
| Arbeitstage                                             | -1,2    | -0,3    | 0,0     | 0,0         | -2,3        | -0,5        | -0,1        | -0,8        | 0,8         |
| Arbeitsvolumen, kalendermonatlich                       | 1,3     | 0,9     | 0,8     | 1,5         | 1,1         | 0,9         | 1,0         | 0,6         | 0,9         |
| Produktivität¹                                          | 1,0     | 0,9     | 0,9     | 0,7         | 1,2         | 1,1         | 0,8         | 0,9         | 1,0         |
| Reales Bruttoinlandsprodukt                             | 2,2     | 1,9     | 1,7     | 2,2         | 2,3         | 2,0         | 1,7         | 1,5         | 1,9         |
| 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| a) Milliarden Euro                                      |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Konsumausgaben                                          | 2 370,7 | 2 445,0 | 2 536,5 | 1 158,2     | 1 212,5     | 1 191,4     | 1 253,7     | 1 234,0     | 1 302,5     |
| Private Haushalte²                                      | 1 732,8 | 1 785,0 | 1 848,8 | 848,8       | 884,0       | 871,3       | 913,7       | 900,9       | 947,8       |
| Staat                                                   | 637,9   | 660,0   | 687,7   | 309,4       | 328,5       | 320,0       | 340,0       | 333,1       | 354,6       |
| Anlageinvestitionen                                     | 663,1   | 702,6   | 738,3   | 319,9       | 343,2       | 338,6       | 364,0       | 355,3       | 383,0       |
| Ausrüstungen                                            | 214,6   | 222,4   | 230,9   | 101,8       | 112,8       | 106,5       | 115,9       | 109,3       | 121,6       |
| Bauten                                                  | 323,0   | 348,6   | 369,9   | 156,7       | 166,3       | 167,8       | 180,8       | 178,8       | 191,1       |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 125,4   | 131,6   | 137,6   | 61,3        | 64,1        | 64,3        | 67,3        | 67,2        | 70,4        |
| Vorratsveränderung³                                     | -17,5   | -24,4   | -26,0   | -1,8        | -15,7       | -4,1        | -20,3       | -5,2        | -20,8       |
| Inländische Verwendung                                  | 3 016,2 | 3 123,2 | 3 248,8 | 1 476,2     | 1 540,0     | 1 525,9     | 1 597,4     | 1 584,1     | 1 664,7     |
| Außenbeitrag                                            | 247,2   | 255,2   | 250,0   | 126,3       | 120,9       | 136,5       | 118,7       | 134,0       | 116,1       |
| Exporte                                                 | 1 541,5 | 1 607,6 | 1 680,8 | 760,8       | 780,7       | 796,6       | 811,0       | 831,4       | 849,4       |
| Importe                                                 | 1 294,3 | 1 352,4 | 1 430,8 | 634,5       | 659,8       | 660,1       | 692,3       | 697,5       | 733,3       |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 3 263,4 | 3 378,4 | 3 498,8 | 1 602,5     | 1 660,9     | 1 662,3     | 1 716,1     | 1 718,1     | 1 780,8     |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr         |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Konsumausgaben                                          | 3,5     | 3,1     | 3,7     | 3,7         | 3,4         | 2,9         | 3,4         | 3,6         | 3,9         |
| Private Haushalte²                                      | 3,5     | 3,0     | 3,6     | 3,8         | 3,2         | 2,7         | 3,4         | 3,4         | 3,7         |
| Staat                                                   | 3,6     | 3,5     | 4,2     | 3,3         | 4,0         | 3,4         | 3,5         | 4,1         | 4,3         |
| Anlageinvestitionen                                     | 5,2     | 6,0     | 5,1     | 4,9         | 5,6         | 5,9         | 6,1         | 4,9         | 5,2         |
| Ausrüstungen                                            | 4,3     | 3,6     | 3,8     | 2,9         | 5,6         | 4,6         | 2,7         | 2,6         | 4,9         |
| Bauten                                                  | 6,1     | 7,9     | 6,1     | 6,2         | 5,9         | 7,1         | 8,7         | 6,5         | 5,7         |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 4,8     | 4,9     | 4,5     | 4,9         | 4,7         | 4,8         | 5,1         | 4,6         | 4,5         |
| Inländische Verwendung                                  | 4,2     | 3,5     | 4,0     | 4,4         | 4,1         | 3,4         | 3,7         | 3,8         | 4,2         |
| Exporte                                                 | 6,3     | 4,3     | 4,6     | 6,0         | 6,6         | 4,7         | 3,9         | 4,4         | 4,7         |
| Importe                                                 | 7,9     | 4,5     | 5,8     | 8,9         | 6,9         | 4,0         | 4,9         | 5,7         | 5,9         |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 3,8     | 3,5     | 3,6     | 3,4         | 4,1         | 3,7         | 3,3         | 3,4         | 3,8         |
| 3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt       |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro               |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Konsumausgaben                                          | 2 155,1 | 2 180,2 | 2 218,8 | 1 060,2     | 1 094,9     | 1 071,3     | 1 108,8     | 1 088,3     | 1 130,4     |
| Private Haushalte²                                      | 1 594,0 | 1 612,7 | 1 641,1 | 783,2       | 810,9       | 791,1       | 821,6       | 802,9       | 838,2       |
| Staat                                                   | 560,8   | 567,1   | 577,3   | 276,9       | 283,9       | 280,0       | 287,1       | 285,2       | 292,1       |
| Anlageinvestitionen                                     | 591,2   | 610,8   | 628,8   | 286,1       | 305,1       | 295,3       | 315,5       | 303,4       | 325,4       |
| Ausrüstungen                                            | 207,6   | 214,2   | 221,5   | 98,0        | 109,5       | 102,2       | 112,1       | 104,4       | 117,1       |
| Bauten                                                  | 271,2   | 280,5   | 287,7   | 132,6       | 138,5       | 136,1       | 144,3       | 140,1       | 147,7       |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 113,2   | 116,9   | 120,5   | 55,6        | 57,6        | 57,2        | 59,6        | 59,0        | 61,4        |
| Inländische Verwendung                                  | 2 717,1 | 2 759,6 | 2 815,0 | 1 341,7     | 1 375,4     | 1 361,9     | 1 397,8     | 1 386,0     | 1 429,0     |
| Exporte                                                 | 1 459,5 | 1 508,4 | 1 565,2 | 720,1       | 739,4       | 749,4       | 759,0       | 775,3       | 790,0       |
| Importe                                                 | 1 258,5 | 1 295,4 | 1 358,8 | 614,0       | 644,4       | 634,2       | 661,2       | 662,9       | 696,0       |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 2 918,8 | 2 973,2 | 3 023,4 | 1 447,5     | 1 471,3     | 1 476,6     | 1 496,6     | 1 498,6     | 1 524,8     |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr         |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Konsumausgaben                                          | 1,7     | 1,2     | 1,8     | 1,9         | 1,5         | 1,0         | 1,3         | 1,6         | 1,9         |
| Private Haushalte²                                      | 1,8     | 1,2     | 1,8     | 2,0         | 1,5         | 1,0         | 1,3         | 1,5         | 2,0         |
| Staat                                                   | 1,5     | 1,1     | 1,8     | 1,4         | 1,6         | 1,1         | 1,1         | 1,8         | 1,8         |
| Anlageinvestitionen                                     | 3,3     | 3,3     | 2,9     | 3,1         | 3,5         | 3,2         | 3,4         | 2,7         | 3,1         |
| Ausrüstungen                                            | 4,0     | 3,2     | 3,4     | 2,6         | 5,3         | 4,2         | 2,3         | 2,2         | 4,5         |
| Bauten                                                  | 2,8     | 3,4     | 2,6     | 3,3         | 2,3         | 2,6         | 4,2         | 2,9         | 2,3         |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 3,5     | 3,2     | 3,1     | 3,7         | 3,3         | 3,0         | 3,4         | 3,2         | 3,0         |
| Inländische Verwendung                                  | 2,2     | 1,6     | 2,0     | 2,5         | 2,0         | 1,5         | 1,6         | 1,8         | 2,2         |
| Exporte                                                 | 4,6     | 3,3     | 3,8     | 4,0         | 5,2         | 4,1         | 2,7         | 3,5         | 4,1         |
| Importe                                                 | 5,2     | 2,9     | 4,9     | 5,1         | 5,2         | 3,3         | 2,6         | 4,5         | 5,3         |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 2,2     | 1,9     | 1,7     | 2,2         | 2,3         | 2,0         | 1,7         | 1,5         | 1,9         |

## VGR-TABELLEN

### Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

|                                                                      | 2017    | 2018    | 2019    | 2017        |             | 2018        |             | 2019        |             |
|----------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                                                                      |         |         |         | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr |
| 4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100) |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                         |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Private Konsumausgaben <sup>2</sup>                                  | 1,7     | 1,8     | 1,8     | 1,7         | 1,7         | 1,6         | 2,0         | 1,9         | 1,7         |
| Konsumausgaben des Staates                                           | 2,1     | 2,3     | 2,4     | 1,8         | 2,3         | 2,3         | 2,3         | 2,2         | 2,5         |
| Anlageinvestitionen                                                  | 1,9     | 2,6     | 2,1     | 1,7         | 2,0         | 2,5         | 2,6         | 2,1         | 2,0         |
| Ausrüstungen                                                         | 0,3     | 0,4     | 0,4     | 0,3         | 0,3         | 0,4         | 0,4         | 0,4         | 0,4         |
| Bauten                                                               | 3,2     | 4,4     | 3,4     | 2,9         | 3,6         | 4,3         | 4,4         | 3,5         | 3,3         |
| Exporte                                                              | 1,6     | 0,9     | 0,8     | 1,9         | 1,4         | 0,6         | 1,2         | 0,9         | 0,6         |
| Importe                                                              | 2,6     | 1,5     | 0,9     | 3,7         | 1,6         | 0,7         | 2,3         | 1,1         | 0,6         |
| Bruttoinlandsprodukt                                                 | 1,5     | 1,6     | 1,8     | 1,2         | 1,8         | 1,7         | 1,6         | 1,8         | 1,8         |
| 5. Einkommensentstehung und -verteilung                              |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| a) Milliarden Euro                                                   |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>                  | 2 269,2 | 2 356,0 | 2 437,0 | 1 117,2     | 1 152,0     | 1 160,2     | 1 195,9     | 1 199,8     | 1 237,2     |
| Sozialbeiträge der Arbeitgeber                                       | 299,4   | 310,0   | 323,6   | 144,9       | 154,5       | 150,2       | 159,7       | 156,9       | 166,7       |
| Bruttolöhne und -gehälter                                            | 1 369,5 | 1 432,5 | 1 487,6 | 652,8       | 716,7       | 684,0       | 748,5       | 711,1       | 776,5       |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 600,3   | 613,6   | 625,8   | 319,5       | 280,8       | 326,0       | 287,6       | 331,7       | 294,0       |
| Primäreinkommen der übrigen Sektoren                                 | 482,2   | 497,8   | 514,6   | 221,3       | 260,9       | 233,1       | 264,7       | 237,6       | 277,0       |
| Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)                             | 2 751,4 | 2 853,8 | 2 951,6 | 1 338,5     | 1 412,9     | 1 393,3     | 1 460,6     | 1 437,4     | 1 514,2     |
| Abschreibungen                                                       | 572,2   | 597,6   | 623,0   | 283,8       | 288,4       | 295,9       | 301,8       | 308,8       | 314,2       |
| Bruttonationaleinkommen                                              | 3 323,6 | 3 451,5 | 3 574,6 | 1 622,3     | 1 701,4     | 1 689,1     | 1 762,4     | 1 746,2     | 1 828,4     |
| Nachrichtlich:                                                       |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Volkseinkommen                                                       | 2 434,7 | 2 527,9 | 2 614,9 | 1 180,3     | 1 254,4     | 1 230,9     | 1 297,0     | 1 270,0     | 1 345,0     |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen                                 | 765,8   | 785,5   | 803,7   | 382,6       | 383,2       | 396,7       | 388,8       | 401,9       | 401,8       |
| Arbeitnehmerentgelt                                                  | 1 668,9 | 1 742,4 | 1 811,2 | 797,7       | 871,2       | 834,2       | 908,2       | 868,1       | 943,2       |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                      |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>                  | 4,2     | 3,8     | 3,4     | 4,3         | 4,1         | 3,8         | 3,8         | 3,4         | 3,5         |
| Sozialbeiträge der Arbeitgeber                                       | 3,7     | 3,5     | 4,4     | 3,7         | 3,6         | 3,7         | 3,4         | 4,5         | 4,3         |
| Bruttolöhne und -gehälter                                            | 4,4     | 4,6     | 3,8     | 4,4         | 4,4         | 4,8         | 4,4         | 4,0         | 3,7         |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 4,1     | 2,2     | 2,0     | 4,3         | 3,8         | 2,0         | 2,4         | 1,8         | 2,2         |
| Primäreinkommen der übrigen Sektoren                                 | 3,1     | 3,2     | 3,4     | -0,3        | 6,2         | 5,3         | 1,4         | 1,9         | 4,6         |
| Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)                             | 4,0     | 3,7     | 3,4     | 3,5         | 4,5         | 4,1         | 3,4         | 3,2         | 3,7         |
| Abschreibungen                                                       | 3,6     | 4,4     | 4,2     | 3,4         | 3,8         | 4,3         | 4,6         | 4,4         | 4,1         |
| Bruttonationaleinkommen                                              | 4,0     | 3,8     | 3,6     | 3,5         | 4,4         | 4,1         | 3,6         | 3,4         | 3,7         |
| Nachrichtlich:                                                       |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Volkseinkommen                                                       | 4,1     | 3,8     | 3,4     | 3,5         | 4,8         | 4,3         | 3,4         | 3,2         | 3,7         |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen                                 | 3,8     | 2,6     | 2,3     | 1,7         | 6,0         | 3,7         | 1,5         | 1,3         | 3,3         |
| Arbeitnehmerentgelt                                                  | 4,3     | 4,4     | 3,9     | 4,3         | 4,3         | 4,6         | 4,3         | 4,1         | 3,8         |
| 6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte         |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| a) Milliarden Euro                                                   |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Masseneinkommen                                                      | 1 350,6 | 1 403,0 | 1 466,3 | 650,1       | 700,5       | 674,9       | 728,2       | 705,4       | 760,8       |
| Nettolöhne- und -gehälter                                            | 906,0   | 948,4   | 991,6   | 427,3       | 478,7       | 448,0       | 500,4       | 469,1       | 522,5       |
| Monetäre Sozialleistungen                                            | 564,8   | 580,0   | 605,4   | 282,6       | 282,3       | 289,2       | 290,9       | 301,3       | 304,1       |
| abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>                   | 120,2   | 125,4   | 130,7   | 59,8        | 60,5        | 62,3        | 63,1        | 65,0        | 65,8        |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 600,3   | 613,6   | 625,8   | 319,5       | 280,8       | 326,0       | 287,6       | 331,7       | 294,0       |
| Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>                              | -77,6   | -82,8   | -86,2   | -37,7       | -39,9       | -40,4       | -42,3       | -42,2       | -44,1       |
| Verfügbares Einkommen                                                | 1 873,3 | 1 933,9 | 2 005,8 | 931,9       | 941,4       | 960,4       | 973,5       | 995,0       | 1 010,8     |
| Nachrichtlich:                                                       |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche                           | 49,5    | 50,2    | 50,9    | 24,5        | 25,1        | 24,9        | 25,4        | 25,2        | 25,7        |
| Konsumausgaben                                                       | 1 732,8 | 1 785,0 | 1 848,8 | 848,8       | 884,0       | 871,3       | 913,7       | 900,9       | 947,8       |
| Sparen                                                               | 190,0   | 199,1   | 207,9   | 107,6       | 82,5        | 113,9       | 85,2        | 119,2       | 88,6        |
| Sparquote in Prozent <sup>7</sup>                                    | 9,9     | 10,0    | 10,1    | 11,2        | 8,5         | 11,6        | 8,5         | 11,7        | 8,6         |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                      |         |         |         |             |             |             |             |             |             |
| Masseneinkommen                                                      | 4,0     | 3,9     | 4,5     | 4,1         | 3,8         | 3,8         | 4,0         | 4,5         | 4,5         |
| Nettolöhne- und -gehälter                                            | 4,2     | 4,7     | 4,6     | 4,2         | 4,3         | 4,9         | 4,5         | 4,7         | 4,4         |
| Monetäre Sozialleistungen                                            | 3,7     | 2,7     | 4,4     | 4,3         | 3,0         | 2,3         | 3,1         | 4,2         | 4,6         |
| abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>                   | 4,7     | 4,3     | 4,3     | 5,7         | 3,7         | 4,2         | 4,3         | 4,3         | 4,3         |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 4,1     | 2,2     | 2,0     | 4,3         | 3,8         | 2,0         | 2,4         | 1,8         | 2,2         |
| Verfügbares Einkommen                                                | 3,8     | 3,2     | 3,7     | 4,0         | 3,5         | 3,1         | 3,4         | 3,6         | 3,8         |
| Konsumausgaben                                                       | 3,5     | 3,0     | 3,6     | 3,8         | 3,2         | 2,7         | 3,4         | 3,4         | 3,7         |
| Sparen                                                               | 5,8     | 4,8     | 4,4     | 5,3         | 6,3         | 5,9         | 3,3         | 4,7         | 4,0         |

## VGR-TABELLEN

### Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

|                                                                     | 2017   | 2018   | 2019   | 2017        |             | 2018        |             | 2019        |             |
|---------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                                                                     |        |        |        | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr |
| 7. Einnahmen und Ausgaben des Staates <sup>8</sup>                  |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| a) Milliarden Euro                                                  |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| Einnahmen                                                           |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| Steuern                                                             | 765,9  | 796,1  | 828,0  | 383,1       | 382,8       | 397,8       | 398,2       | 413,6       | 414,4       |
| direkte Steuern                                                     | 421,4  | 442,2  | 463,2  | 211,3       | 210,1       | 221,8       | 220,4       | 232,4       | 230,8       |
| indirekte Steuern                                                   | 344,5  | 353,8  | 364,7  | 171,8       | 172,7       | 176,0       | 177,8       | 181,2       | 183,6       |
| Nettsozialbeiträge                                                  | 548,0  | 568,8  | 586,8  | 265,6       | 282,4       | 276,2       | 292,6       | 285,2       | 301,7       |
| Vermögenseinkommen                                                  | 16,4   | 17,8   | 17,9   | 8,8         | 7,6         | 10,3        | 7,4         | 10,7        | 7,2         |
| Laufende Übertragungen                                              | 22,3   | 22,3   | 22,7   | 10,0        | 12,3        | 10,0        | 12,3        | 10,2        | 12,5        |
| Vermögenstransfers                                                  | 10,9   | 11,2   | 11,6   | 5,4         | 5,5         | 5,6         | 5,6         | 5,8         | 5,8         |
| Verkäufe                                                            | 109,7  | 112,2  | 115,4  | 52,0        | 57,7        | 52,8        | 59,4        | 54,7        | 60,7        |
| Sonstige Subventionen                                               | 0,2    | 0,2    | 0,2    | 0,1         | 0,1         | 0,1         | 0,1         | 0,1         | 0,1         |
| Insgesamt                                                           | 1473,3 | 1528,6 | 1582,5 | 724,9       | 748,4       | 752,8       | 775,8       | 780,2       | 802,3       |
| Ausgaben                                                            |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| Vorleistungen                                                       | 155,7  | 161,0  | 168,8  | 71,3        | 84,5        | 73,4        | 87,7        | 76,9        | 91,9        |
| Arbeitnehmerentgelte                                                | 246,1  | 254,6  | 265,5  | 118,0       | 128,1       | 121,9       | 132,8       | 127,1       | 138,4       |
| Soziale Sachleistungen                                              | 278,0  | 286,6  | 296,7  | 138,1       | 139,9       | 142,4       | 144,3       | 147,5       | 149,2       |
| Vermögenseinkommen (Zinsen)                                         | 33,8   | 31,6   | 30,3   | 17,3        | 16,5        | 15,9        | 15,7        | 15,1        | 15,1        |
| Subventionen                                                        | 27,8   | 27,9   | 28,1   | 13,6        | 14,2        | 13,7        | 14,3        | 13,7        | 14,3        |
| Monetäre Sozialleistungen                                           | 506,0  | 520,0  | 543,0  | 253,3       | 252,7       | 259,4       | 260,6       | 270,4       | 272,7       |
| Sonstige laufende Transfers                                         | 75,3   | 83,9   | 90,7   | 39,8        | 35,5        | 44,2        | 39,8        | 47,5        | 43,2        |
| Bruttoinvestitionen                                                 | 70,3   | 74,1   | 77,5   | 30,2        | 40,1        | 32,0        | 42,1        | 33,4        | 44,1        |
| Vermögenstransfers                                                  | 43,5   | 40,7   | 37,1   | 21,8        | 21,7        | 20,2        | 20,5        | 15,3        | 21,7        |
| Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen              | -1,6   | -1,6   | -1,7   | -0,6        | -0,9        | -0,7        | -1,0        | -0,7        | -1,0        |
| Sonstige Produktionsabgaben                                         | 0,2    | 0,2    | 0,2    | 0,1         | 0,1         | 0,1         | 0,1         | 0,1         | 0,1         |
| Insgesamt                                                           | 1435,1 | 1479,2 | 1536,2 | 702,8       | 732,4       | 722,3       | 756,9       | 746,5       | 789,8       |
| Finanzierungssaldo                                                  | 38,2   | 49,4   | 46,3   | 22,2        | 16,0        | 30,5        | 19,0        | 33,7        | 12,6        |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                     |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| Einnahmen                                                           |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| Steuern                                                             | 4,6    | 3,9    | 4,0    | 5,1         | 4,2         | 3,9         | 4,0         | 4,0         | 4,0         |
| direkte Steuern                                                     | 6,1    | 4,9    | 4,7    | 6,2         | 6,0         | 5,0         | 4,9         | 4,8         | 4,7         |
| indirekte Steuern                                                   | 2,9    | 2,7    | 3,1    | 3,7         | 2,1         | 2,4         | 3,0         | 2,9         | 3,2         |
| Nettsozialbeiträge                                                  | 4,6    | 3,8    | 3,2    | 4,8         | 4,5         | 4,0         | 3,6         | 3,3         | 3,1         |
| Vermögenseinkommen                                                  | -9,4   | 8,6    | 0,5    | -8,2        | -10,7       | 17,7        | -1,9        | 3,3         | -3,4        |
| Laufende Übertragungen                                              | 12,3   | 0,0    | 1,5    | 11,8        | 12,8        | -0,1        | 0,1         | 1,5         | 1,5         |
| Vermögenstransfers                                                  | -29,5  | 2,8    | 3,5    | -28,6       | -30,3       | 3,0         | 2,7         | 3,5         | 3,5         |
| Verkäufe                                                            | 4,5    | 2,3    | 2,8    | 4,3         | 4,8         | 1,6         | 3,0         | 3,6         | 2,1         |
| Sonstige Subventionen                                               | 2,5    | 0,0    | 0,0    | 4,6         | 0,9         | 0,0         | 0,0         | 0,0         | 0,0         |
| Insgesamt                                                           | 4,2    | 3,8    | 3,5    | 4,4         | 3,9         | 3,8         | 3,7         | 3,6         | 3,4         |
| Ausgaben                                                            |        |        |        |             |             |             |             |             |             |
| Vorleistungen                                                       | 3,8    | 3,4    | 4,8    | 2,4         | 5,0         | 3,0         | 3,8         | 4,8         | 4,9         |
| Arbeitnehmerentgelte                                                | 4,1    | 3,5    | 4,3    | 4,0         | 4,1         | 3,2         | 3,6         | 4,3         | 4,2         |
| Soziale Sachleistungen                                              | 3,5    | 3,1    | 3,5    | 3,4         | 3,6         | 3,1         | 3,1         | 3,6         | 3,4         |
| Vermögenseinkommen (Zinsen)                                         | -4,6   | -6,5   | -4,2   | -2,0        | -7,1        | -8,2        | -4,8        | -4,5        | -3,8        |
| Subventionen                                                        | 0,0    | 0,4    | 0,4    | 0,4         | -0,3        | 0,4         | 0,4         | 0,4         | 0,4         |
| Monetäre Sozialleistungen                                           | 4,1    | 2,8    | 4,4    | 4,8         | 3,3         | 2,4         | 3,1         | 4,2         | 4,6         |
| Sonstige laufende Transfers <sup>9</sup>                            | -0,4   | 8,7    | 6,8    | -0,1        | -0,3        | 4,3         | 4,3         | 3,4         | 3,4         |
| Bruttoinvestitionen                                                 | 5,2    | 5,5    | 4,6    | 4,2         | 5,9         | 6,0         | 5,0         | 4,5         | 4,7         |
| Vermögenstransfers <sup>9</sup>                                     | 7,1    | -2,8   | -3,6   | 39,0        | 4,7         | -7,1        | -5,6        | -24,1       | 6,0         |
| Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen <sup>9</sup> | -0,3   | 0,0    | 0,0    | -0,1        | -0,1        | 0,0         | 0,0         | 0,0         | 0,0         |
| Sonstige Produktionsabgaben <sup>9</sup>                            | 0,0    | 0,0    | 0,0    | 2,4         | -2,1        | 0,0         | 0,0         | 0,0         | 0,0         |
| Insgesamt                                                           | 3,8    | 3,1    | 3,9    | 4,3         | 3,3         | 2,8         | 3,3         | 3,3         | 4,3         |

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Dr. Mathias Hübener ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin



Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin

MATHIAS HÜBENER UND C. KATHARINA SPIESS

## Daten von Schuleingangsuntersuchungen haben das Zeug zum Eldorado für die Forschung

Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin und des Autors wieder.

„Kannst Du auf einem Bein stehen? Erkennst Du die Bilder an der Wand?“ In den vergangenen Wochen und Monaten fanden in vielen Bundesländern wieder die sogenannten Schuleingangsuntersuchungen statt: Kinder, die nach dem Sommer stolz mit der Schultüte auf dem Arm in die erste Klasse kommen, werden dabei auf viele Fähigkeiten geprüft, die für die erfolgreiche Teilnahme am Schulunterricht wichtig sind. So werden Sprachentwicklung, Koordination, Verhalten sowie Sehen und Hören eingeschätzt. Wir WissenschaftlerInnen würden zu gerne in unsere Arbeit einfließen lassen, wie die etwa 674 000 Kinder, die dieses Jahr eingeschult werden sollen, abgeschnitten haben!

Weil diese Schuleingangsuntersuchungen in fast allen Bundesländern verpflichtend sind, liegen damit letztlich Daten für fast alle Kinder eines Jahrgangs vor. Das klingt nach einem Eldorado für die Forschung: aktuelle und repräsentative Daten, anhand derer man beispielsweise Reformen im Bildungsbereich evaluieren kann.

Bisher stellen aber nur sehr wenige Bundesländer diese Daten der Forschung zur Verfügung. Sicher, es ist nicht primärer Zweck der Schuleingangsuntersuchungen, Forschungsdaten zu generieren. Vielmehr sollen die Gesundheit ganzer Jahrgänge erfasst werden und Schulleitungen sowie Eltern erfahren, wie es um die Schulfähigkeit der Kinder bestellt ist. Dies sind sensible Daten, für die berechtigterweise strenge Vorschriften gelten. Die Daten müssten vollständig anonymisiert werden, doch das ist im Zeitalter von Forschungsdatenzentren kein Problem mehr, ohne Qualitätseinbußen.

Aus einer forschungsökonomischen Perspektive geradezu genial ist nämlich, dass diese Daten ohnehin erhoben werden und damit keine zusätzlichen Erhebungskosten anfallen. Die Untersuchung ist zudem verpflichtend, man muss sich also nicht um die Repräsentativität sorgen, wie das bei Erhebungen der Fall ist, bei denen nur Befragungswillige mitmachen. Ein weiterer großer Vorteil ist, dass die Einschätzung unterschiedlicher kindlicher Entwicklungsdimensionen durch unabhängige, medizinisch geschulte Expertinnen und Experten oder gar Mediziner

selbst erfolgt – es werden nicht nur Eltern gefragt, zweifelsohne auch Experten für ihre Kinder, aber eben mit einem spezifischen Blick.

Außerdem ermöglichen die Daten Analysen auf Basis einer großen Anzahl von Beobachtungen. Dies ist insbesondere für die sogenannte Wirkungsforschung von großem Interesse. Sie analysiert zum Beispiel die kausalen Effekte bildungspolitischer Maßnahmen. Wie beeinflussen der Kita-Ausbau oder das Elterngeld die Fähigkeiten von Kindern? Was bewirkt der Kitabesuch bei Kindern mit Migrationshintergrund oder Kindern von Eltern mit geringen Bildungsabschlüssen? Die hohen Fallzahlen bei den Schuleingangsuntersuchungen erlauben es, auch solche Untergruppen unter die Lupe zu nehmen.

In jüngster Vergangenheit sind vereinzelt Studien entstanden, die auf diesen Daten beruhen. So konnten beispielsweise die Bedeutung der elterlichen Bildung für die Gesundheit der Kinder oder die Sprachkompetenz von Schülerinnen und Schülern vor der Einschulung untersucht werden.

Wichtig ist nun, einen Schritt weiterzugehen und die Daten der Schuleingangsuntersuchungen systematischer zu nutzen. Die Länder und Kommunen sollten diese allen Forscherinnen und Forschern zugänglich machen und transparent den Zugang darlegen. Warum sollten öffentliche Gelder für teure neue Befragungen ausgegeben werden, wenn diese das, was bereits vorliegt, ein zweites Mal erheben würden? Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, Eltern und Kinder könnten stattdessen ohne zusätzliche Kosten von einer evidenzbasierten Bildungspolitik profitieren, die auf Forschung mit hochqualitativen Daten beruht. Dies gilt im Übrigen auch für andere Erhebungen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Bildungsbiografie von Kindern erfassen. Viele Eldorados, die im Moment manchem eher noch wie eine Fata Morgana erscheinen.

Dieser Beitrag ist unter Mitarbeit von Dr. Daniel Kühnle, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen-Nürnberg, entstanden. Eine längere Version des Textes ist auf der Website des DIW Berlin abrufbar: [www.diw.de/wb\\_schuleingangsuntersuchungen](http://www.diw.de/wb_schuleingangsuntersuchungen)

